

**Auswertung des
KMK-Analysebandes
„Schule in Deutschland –
Zahlen, Fakten, Analysen
Nr. 161“ unter besonderer
Berücksichtigung von NRW**



Inhaltsverzeichnis

	Seite
I Anlass und Ziel des neuen KMK-Analysebandes	1
II Bevölkerungsentwicklung	3
III Quantitative Entwicklung der Schüler und Studierenden	5
IV Schularten in Deutschland	7
V Bildungsbeteiligung	8
VI Bildungsstand der Bevölkerung	12
VII Schüler und Studierende nach Bildungsbereichen	15
VIII Lehrpersonal	17
IX Schulorganisatorische Angaben der Länder	21
X Kennziffern und Relationen und deren Vernetzung	24
XI Relativer Schulbesuch	39
XII Abschlussbezogene Absolventenquoten	42
XIII Ausgaben im Bildungssystem	45

Wichtige Ergebnisse von NRW werden im Text durch „Fettdruck“ hervorgehoben.

Auswertung des KMK-Analysebandes „Schule in Deutschland – Zahlen, Fakten, Analysen Nr. 161“ unter besonderer Berücksichtigung der Darstellung und Bewertung von NRW

I Anlass und Ziel des neuen KMK-Analysebandes

Die KMK gibt seit nunmehr fast 25 Jahren die Dokumentation „Schüler, Klassen, Lehrer und Absolventen“ heraus. In dieser Statistik-Veröffentlichung werden für jede Schulart und für jeden Bildungsbereich die Grundzahlen über Schüler, Klassen, Lehrer und Absolventen sowie die daraus bildbaren Relationen für das Bundesgebiet und die einzelnen Länder in einer über 10 Jahre reichenden Zeitreihe dargestellt.

Um dem über die bisherigen statistischen Veröffentlichungen hinausgehenden Informationsbedarf für politisches Handeln zu entsprechen, hat der UASD der KMK die Bildungsberichterstattung um eine allgemein verständliche Aufbereitung des umfangreichen statistischen Datenmaterials mit der jetzt vorliegenden 2. Ausgabe des Analysebandes „Schule in Deutschland – Zahlen, Fakten, Analysen“ erweitert.

Die Arbeit am Analyseband ist orientiert an Themen der OECD-Veröffentlichung „Education at a glance“ und an der vom UASD-Mitglied aus NRW entwickelten „Vernetzungsmethode“ für Indikatoren, die es gestattet Zusammenhänge und „Verursacher“ von Indikatoren sichtbar zu machen.

Bei dem Analyseband handelt es sich aber nicht um eine bildungspolitische Analyse im Sinne des entsprechenden Parallelbandes von „Education at a glance“, sondern um eine deskriptiv angelegte erläuternde Aufbereitung von statistischen Zeitreihen und quantitativen Bildungsindikatoren im Ländervergleich. Die Veröffentlichung erfasst langfristige Entwicklungstrends. Sie liefert relative Benchmarks, ohne diese als solche auszuweisen, aber nicht an bildungspolitischen Zielen orientierte Bilanzen und enthält wegen der deskriptiven Anlage keine direkten Aussagen zu einem möglichen Handlungsbedarf.

Im Zentrum des Analysebandes steht die Interpretation der in der Dokumentation „Schüler, Klassen, Lehrer und Absolventen“ enthaltenen schulstatistischen Grundzahlen und Kennziffern (Input-Variablen), die sowohl einzeln erläutert als auch in der Zusammenschau simultan betrachtet werden. Schlichte Ranking-Tabellen werden – wie häufig in Publikationen vorzufinden - zukünftig kaum noch möglich sein.

Die Analysen der schulstatistischen Grunddaten und Kennziffern sind eingebettet in eine umfassende Darstellung benachbarter Themen, die zur Interpretation und Einordnung der Daten hilfreich sind. Hierzu gehören neben der Bevölkerungsentwicklung auch Bildungsstand und Bildungsbeteiligung der Bevölkerung, schulorganisatorische Angaben sowie Ausgaben für das Bildungswesen. Teilweise wird auch der Hochschulbereich in die Betrachtung einbezogen. Die zentralen Befunde für Deutschland werden in ihrer Entwicklung bis heute und im Kontext zu internationalen Vergleichsdaten der europäischen Nachbarstaaten und anderer führender Wirtschaftsnationen dargestellt.

Die Analyse erleichtert methodenkritische Bewertungen und sachgerechte Interpretationen der umfangreichen Grunddaten. Der Analyseband könnte somit einen wichtigen Beitrag zur Information über Strukturen und aktuelle quantitative Entwicklungen im Schulwesen leisten.

Der vorliegende Analyseband erscheint im zweiten Jahr. Er stellt im Wesentlichen eine Fortschreibung um ein Jahr des Analysebandes 2001 dar. Lediglich im Kapitel VIII Lehrpersonal wurde eine detaillierte Darstellung der Kapazitätsgewinne- bzw. -verluste an Vollzeitlehrer-Einheiten aufgrund der Anwendung von Arbeitszeitmodellen (u.a. Altersteilzeit, Sabbatjahr, Vorgriffsstundenregelungen) in den einzelnen Ländern ergänzt.

Im Folgenden werden die wichtigsten Aussagen unter besonderer Berücksichtigung der nordrhein-westfälischen Ergebnisse nach der Kapitel-Systematik des Analysebandes dargestellt und interpretiert. Z.T. werden dazu Vergleichsdaten für NRW aus anderen Quellen ergänzt. Zur Einschätzung der zeitlichen Veränderung wurden an relevanten Stellen auch die Daten des vorigen Jahres – in der Regel von 1999 – berichtet.

II Bevölkerungsentwicklung

In allen modernen Industriestaaten befindet sich die Bevölkerungsstruktur im Wandel. Eine steigende Lebenserwartung steht einer sinkenden Geburtenzahl gegenüber und führt so zu einer zahlenmäßigen Zunahme der älteren Bevölkerung bei einem gleichzeitigen Rückgang der Zahl der Jüngeren.

Wie kaum ein anderer Bereich der Gesellschaft ist der Bildungsbereich mit der Bevölkerungsentwicklung verbunden. Die Entwicklung der Schülerzahl hängt unmittelbar von der Bevölkerungsentwicklung ab. Im Zusammenhang mit der Bildungsbeteiligung ist sie zudem wichtigste Determinante der Zahl der Schüler und Studierenden, die über die Schulpflicht hinaus am Bildungssystem partizipieren. Das Verständnis der quantitativen Entwicklung des Bildungssystems setzt daher das Verständnis der demographischen Prozesse der letzten Jahrzehnte voraus.

Zentrale Aussagen des Analysebandes:

1. Deutschland insgesamt

- Vom allgemeinen Trend der Alterung ist im internationalen Vergleich Deutschland mit am stärksten betroffen. Hier waren 1999 nur 29 % der Bevölkerung im bildungsrelevanten Alter zwischen 5 und 29 Jahren. Dies ist der niedrigste Anteil unter den OECD-Mitgliedstaaten gegenüber einem Durchschnitt von 35 %. In allen europäischen Nachbarstaaten waren die 5 bis 29-jährigen zwar quantitativ etwas gewichtiger, der Trend zur Alterung der Bevölkerung herrscht dort jedoch gleichermaßen. Dies zeigen insbesondere die Anteile der jüngeren Bildungsbevölkerung im Alter von 5 bis 14 Jahren, also der Schüler im typischen Alter zum Besuch des Primar- und Sekundarbereichs I. Denn sie liegen in fast allen europäischen Ländern zwischen 10% (Spanien und Italien) und 13% (Schweden und England). In Deutschland betrug der Anteil 11%. Ursächlich in Deutschland ist hierfür vor allem der starke Geburtenrückgang in den neuen Ländern.
- Hinsichtlich der künftigen Bevölkerungsentwicklung ist besonders auffällig, dass die Zahl der 5- bis 14-Jährigen in Deutschland bis 2010 stärker zurückgeht als in allen anderen OECD-Ländern mit Ausnahme von Schweden.
- Der moderate zahlenmäßige Rückgang der 15- bis 19-Jährigen bis 2010 liegt etwa im Durchschnitt aller Länder.

- Die Bevölkerung im typischen Studierendentalter (20 bis 29 Jahre) nimmt in Deutschland bis 2010 entgegen dem in den OECD-Ländern herrschenden Trend um 4 % zu. Allerdings ist ihre Zahl bereits zwischen 1995 und 1999 um mehr als ein Fünftel und damit stärker als in den meisten anderen Ländern gesunken. Eine stärkere Zunahme wird lediglich für die USA erwartet. Für Japan, Italien und Spanien werden hingegen Rückgänge von 24 % bis 31 % erwartet.

2. NRW im Ländervergleich

- **NRW hatte von 1990 bis 2000 einen Bevölkerungszuwachs von 3,8 %. In den alten Ländern stieg die Bevölkerung im Durchschnitt um 5,6%. NRW liegt bezüglich der Wachstumsrate bei den alten Ländern nur knapp vor den Stadtstaaten (-0,2%) und dem Saarland (-0,4%).**
- **Bei den Lebendgeborenen verzeichnet NRW einen Rückgang von 12,1 % im Zeitraum von 1990 bis 2000. Der durchschnittliche Rückgang in den alten Ländern beträgt nur 9,8%.**
- **Bei der bildungsrelevanten Bevölkerung (5 bis 29 Jahre) verzeichnet NRW einen Rückgang von 10,1% im Zeitraum von 1990 bis 2000. Der durchschnittliche Rückgang in den alten Ländern beträgt 9,2 %.**

III Quantitative Entwicklung der Schüler und Studierenden

Im Zentrum der quantitativen Entwicklung des Bildungsbereichs steht die Zahl der Schüler und Studierenden, denn von ihr hängt die Ausstattung des Bildungssystems ab, d.h. der Bedarf an Schulen und Universitäten mit dem dazu gehörigen Lehrpersonal. Daneben geben die heutigen Schüler- und Studierendenzahlen Auskunft über die künftige Zahl von Erwerbspersonen sowie Hinweise auf deren Qualifikationsniveau.

Zentrale Aussagen des Analysebandes:

- Nach der Wiedervereinigung nahm die Zahl der Schüler in den alten Ländern um 13,2% von 8,8 (1991) auf 10 Mio. (2000) zu. Die Kinder der geburtenstarken Jahrgänge 1955 bis 1970 drängten ins Bildungssystem.

Ergänzung für NRW:

In NRW nahm die Zahl der Schüler leicht unter dem Durchschnitt der alten Länder um 11,2% von 2,55 (1991) auf 2,86 Mio. (2000) zu.

- In den neuen Ländern stieg die Schülerzahl zunächst zwischen 1991 und 1996 um 10,6 % von 2,8 auf 3,0 Mio., sie nimmt seither jedoch stärker ab (um 13,4% in 2000 niedriger als in 1996). Hier beginnt sich der durch die Wiedervereinigung ausgelöste Geburtenrückgang auf die Schülerzahl auszuwirken.
- Die Studierendenzahlen entwickeln sich in den alten und neuen Länder anders als die Schülerzahlen:
 - In den alten Ländern stiegen die Studierendenzahlen zunächst von 1991 bis 1993 um 4%. Sie nehmen danach bis 1999 kontinuierlich jährlich um insgesamt 9,8% ab. 2000 sind die Zahlen wieder geringfügig um ca. 1% gegenüber 1999 gestiegen.

Ergänzung für NRW (Quelle: Statistisches Bundesamt):

In NRW stiegen die Studierendenzahlen zunächst von 1991 bis 1994 um 5%. Sie nehmen danach bis 1999 um insgesamt ca. 3% ab. In 2000 blieb die Zahl gegenüber 1999 konstant. Für 2001 wird mit einem Zuwachs von ca. 2% gerechnet.

- In den neuen Ländern hingegen stiegen die Studierendenzahlen von 1991 kontinuierlich jährlich bis 2000 um insgesamt 39,3%.

IV Schularten in Deutschland

Das Kapitel im Analyseband gibt einen kurzen allgemeinen Überblick über das Schulwesen in Deutschland, wobei sowohl nach Bildungsbereichen als auch nach Schularten differenziert wird.

Eine Zusammenfassung bzw. Kommentierung erübrigt sich im Rahmen der Zielsetzung dieser Auswertung. Hier wird auf den Analyseband der KMK verwiesen.

V Bildungsbeteiligung

Die Bildungsbeteiligung der Bevölkerung, im Sinne des Besuchs von Schulen und Hochschulen, ist ein wichtiger Ausdruck der wirtschaftlichen Wohlfahrt und der sozialen und kulturellen Entwicklung eines Landes. Eine hohe Bildungsbeteiligung schafft die Voraussetzung für eine gut ausgebildete Bevölkerung, die den kommenden Herausforderungen der global vernetzten Wissensgesellschaft adäquat gewachsen ist. Gleichmaßen ist sie ein Aspekt von Chancengerechtigkeit in einer sozial und kulturell integrierten Gesellschaft.

Die Bildungsbeteiligung wird für alle betrachteten Bildungsbereiche als Anteil der Schüler bzw. Studierenden an der entsprechenden Altersbevölkerung berechnet.

Zentrale Aussagen des Analysebandes:

- In Deutschland lag die Bildungsbeteiligung 2000 gemessen an dem Anteil der 5 bis 29jährigen, die entweder eine allgemein bildende oder berufliche Schule besuchten oder studierten, bei 60,9%. In den alten Ländern war sie mit 61,1% etwas höher als in den neuen (59,8%) und in den Flächenstaaten (60,8%) lag sie etwas niedriger als in den Stadtstaaten (62,4%)

In NRW betrug sie 64,1%. Dies sind 3,2 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt, 6,3 Prozentpunkte über dem bayerischen Anteil und 4,4 Prozentpunkte über dem Wert von Baden-Württemberg. NRW wird nur von Bremen mit 65,6% in der Bildungsbeteiligung übertroffen.

- Für die Bildungsbeteiligung in den allgemein bildenden Schulen wurde im Analyseband die Altersgruppe der 5 bis 19jährigen zu Grunde gelegt. Für NRW ist diese Alterskohorte eher ungünstig, da die Bildungsbeteiligung bei den 5jährigen im Vergleich zu anderen Ländern sehr niedrig ist und bei den 20jährigen, die nicht mehr einbezogen wurden, gegenüber anderen Ländern eher größer ist.

Insgesamt besuchten 2000 von den 5 bis 19jährigen jeweils 73,5 % (1999: 73,4%) in den alten und neuen Ländern eine allgemein bildende Schule. Der Anteil bewegt sich in den alten Ländern zwischen 71,1 % (1999: 70,6%) in Bayern und 77,9 % (1999: 77,8%) in Berlin. **Trotz der nicht günstigen Vergleichsalterskohorte ergeben sich für NRW Spitzenplätze im Ländervergleich. In NRW war der Anteil mit 76,7 % (1999: 76,3%) um 3,2 (1999: 2,9) Prozentpunkte höher als im Bundesdurchschnitt und um 5,6**

(1999: 6,3) Prozentpunkte höher als in Bayern. Gegenüber Baden-Württemberg ist die Bildungsbeteiligung in NRW um 4,1 (1999: 4) Prozentpunkte höher. Nur Berlin (77,9%) hat eine höhere Bildungsbeteiligung als NRW.

Begründet sind die unterschiedlichen Bildungsbeteiligungsquoten zum einen durch die unterschiedliche Dauer der Vollzeitschulpflicht und zum anderen durch die unterschiedlichen Bildungsbeteiligungsquoten in der gymnasialen Oberstufe.

In NRW, Bremen, Berlin, Brandenburg und Sachsen-Anhalt, wo die Vollzeitschulpflicht 10 Jahre dauert, verbleiben die 15jährigen beinahe vollständig in den allgemein bildenden Schulen. In diesen Ländern lag 2000 auch der Anteil der 16jährigen, die eine allgemein bildende Schule besuchen mit 75,2% (Brandenburg) bis 87,3% (NRW) – gegenüber einem Bundesdurchschnitt von 70,1% - am höchsten.

Die unterschiedlichen Bildungsbeteiligungsquoten in der gymnasialen Oberstufe lassen sich z.B. durch den Anteil der 17jährigen Schüler an der entsprechenden Alterskohorte darstellen. Die 17jährigen beteiligen sich 2000 bundesweit mit 39,2% am allgemein bildenden Schulwesen. **In NRW – höchste Bildungsbeteiligung in dieser Alterskohorte - sind es hingegen 51,7% , in Baden-Württemberg 31,0% und in Bayern 33,5.**

- Das Regeleinschulungsalter liegt in allen Ländern bei 6 Jahren. Die Bildungsbeteiligung der 6jährigen lag 2000 bundesweit dennoch nur bei 55,2 % (1999: 54,1%). Hierbei handelt es sich aber um einen statistischen Effekt. Die Einschulung erfolgt in der Regel mit vollendetem 6. Lebensjahr mit Stichtag 30.6. des jeweiligen Jahres. Stichtag für die Alterserfassung ist aber der 31. Dezember des selben Jahres. Diejenigen Schüler, die nach dem 30. Juni das 6. Lebensjahr vollenden, gehen in der Regel also noch nicht in die Schule. **In NRW liegt die Bildungsbeteiligung der 6jährigen mit 56,4 % (1999: 54,7%) leicht über dem Bundesdurchschnitt.** Lediglich in den Stadtstaaten ist die Bildungsbeteiligung der 6jährigen deutlich höher, sie liegt dort zwischen 65,0 % (1999: 62,5%) in Bremen und 72,8 % (1999: 71,8%) in Hamburg.
- Die Bildungsbeteiligungsquote der Schüler beruflicher Schulen hängt naturgemäß komplementär von der Bildungsbeteiligung in den allgemein bildenden Schulen ab. Dies muss bei der Interpretation der Ergebnisse des Analysebandes im Auge behalten werden.

Vergleicht man den Anteil der 18jährigen Schüler an der entsprechenden Altersbevölkerung, so wird zumindest die unterschiedliche Vollzeitschulpflichtdauer in den verschiede-

nen Ländern ausgeklammert, die unterschiedliche Bildungsbeteiligung in der gymnasialen Oberstufe in den Ländern verzerrt aber weiterhin das Ergebnis.

2000 besuchten 57,3 % (1999: 57,1%) der 18jährigen berufliche Schulen. In NRW waren es 2000 56,2 % (1999: 55,4%), dies sind 1,1 Prozentpunkte weniger als im Bundesdurchschnitt. Die unterdurchschnittliche Quote ist durch die hohe Beteiligung der 18jährigen in den allgemein bildenden Schulen bedingt. Bei den 18jährigen übersteigt die Bildungsbeteiligung in NRW 2000 in den allgemein bildenden Schulen den Bundesdurchschnitt um 7,1 (1999: 7,6) Prozentpunkte.

- Die Bildungsbeteiligung der Bevölkerung im typischen Studienalter (18 bis 29 Jahre) variiert zwischen den Ländern der BRD stärker als die der übrigen Altersgruppen. Dies hat 2 Gründe: Zum einen sind die Studienangebote in den Ländern sehr viel unterschiedlicher als die schulischen Angebote, zum anderen ist die individuelle Mobilität bei Studierenden höher als bei Schülern. So ziehen viele der Studierenden, die in anderen Regionen ihre Hochschulzugangsberechtigung erworben haben, zum Studium in die Stadtstaaten, sowie in die Flächenstaaten NRW und Hessen (Rhein-Main-Gebiet). Da die Bildungsbeteiligung an der entsprechenden Altersbevölkerung des jeweiligen Landes gemessen wird, müssen die o.g. Hintergründe bei der Interpretation der Ergebnisse relativierend berücksichtigt werden.

12,0 % (1999: 11,8%) der 18 bis 29jährigen studierten 2000 im Bundesdurchschnitt. Der höchste Anteil war in Berlin mit 19,2 % (1999: 19,2%) und der niedrigste Anteil in Brandenburg mit 6,1 % (1999: 6,1%). In NRW war der Anteil 14,5 % (1999: 14,2%). Bayern hat einen Anteil von 11,3 % (1999: 11,2%) und Baden-Württemberg einen Anteil von 10,9 % (1999: 10,8%).

- Die Beendigung des Studiums erfolgt ab dem Alter von 25. Der Anteil der 25jährigen Studierenden ist im Bundesdurchschnitt aber 2000 immer noch 16,2 % (1999: 16%) an der Altersbevölkerung, das sind 9,7 (1999: 1,4) Prozentpunkte weniger als bei den 24jährigen. Die 29jährigen Studierenden stellen immer noch einen Anteil von 8,1 % (1999: 7,7%) im Bundesdurchschnitt dar.
- Im internationalen Vergleich sind in Deutschland im Primarbereich und Sekundarbereich I kaum Unterschiede in der Bildungsbeteiligung festzustellen.

Von den 15 bis 19jährigen gingen 1999 im Mittel der europäischen Nachbarländer und der bedeutenden Wirtschaftsnationen 81% zu einer Schule oder Hochschule. In Deutschland war in dieser Alterskohorte die Bildungsbeteiligung mit 88,3% mit am höchsten. Ähnliche Werte erreichten Belgien (90,6 %), die Niederlande (87,7 %), Frankreich (87,2 %) und Schweden (86,2 %). In England und Italien lag die Bildungsbeteiligung bei den 15 bis 19jährigen dagegen nur bei rund 70%.

Im höheren Alter von 20 bis 29 Jahren war die Bildungsbeteiligung 1999 in allen Ländern deutlich geringer. Im Durchschnitt waren 22,5 % der Bevölkerung im Alter von 20 bis 29 Jahren Schüler oder Studierende. Deutschland entsprach diesem Mittelwert mit 22,6 %. In Schweden (33,7%) und Dänemark (28,7%) nahmen hingegen deutlich mehr 20- bis 29-jährige am Bildungssystem teil. Niedrig war die Beteiligung in Italien (16,9%), Österreich (18,2%) und in der Schweiz (18,6%).

VI Bildungsstand der Bevölkerung

Die Daten entstammen der Mikrozensusabfrage von April 2000 von Personen in der Bundesrepublik im Alter von 15 Jahren und älter. Sie liegen nur für Deutschland insgesamt vor. Die Beantwortung der Fragen zum allgemein bildenden Abschluss ist im Mikrozensus ab dem Alter von 51 Jahren freigestellt. Alle Aussagen beziehen sich daher nur auf die Personen, die Angaben zum Schulabschluss gemacht haben, das waren knapp 94%. Ob und welche Abschlüsse die 6% aller Befragten, die keine Angaben gemacht haben, erlangt haben, lässt sich nicht abschätzen. Die im Analyseband angegebenen Anteile können daher nur mit erheblichen Einschränkungen die Verteilung der Bildungsabschlüsse in der Bevölkerung wiedergeben. Diese Einschränkung betreffen vor allem Anteile, die in der Größenordnung der Verweigerungsquote liegen (z.B. Personen ohne Abschlüsse).

Zentrale Aussagen des Analysebandes:

- Der Anteil der Befragten ohne Abschluss lag über alle Altersgruppen gleichbleibend zwischen 2% und 3%.

Dieser Anteil ist wahrscheinlich zu niedrig geschätzt. Im Länderdurchschnitt verlassen z.Zt. ca. 9% aller Schulabgänger von allgemein bildenden Schule die Schule ohne einen Abschluss. Es wird geschätzt, dass von diesen ca. 40% den Abschluss nachholen. Dies legt den Schluss nahe, dass vermutlich unter den 6% der Antwortverweigerer im Mikrozensus ein sehr hoher Anteil von Personen ist, die keinen Abschluss haben.

- Die quantitative Bedeutung des Hauptschulabschlusses ist während der letzten Jahrzehnte deutlich gesunken. 46,5% der Befragten aller Altersgruppen gaben an, über den Hauptschulabschluss zu verfügen. 71,4 % der 2000 60- bis 65-jährigen haben den Hauptschulabschluss als den höchsten erreichten Abschluss. Bei den 20 bis 25jährigen waren es nur noch knapp ein Viertel.
- Zugenommen hat dagegen die Bedeutung des Realschulabschlusses (FOR), den 2000 18,6 % aller Befragten vorwiesen. Hierbei wurde der Abschluss der polytechnischen Oberschulen der ehemaligen DDR, der dem Realschulabschluss gleich zu setzen ist, miteinbezogen. Von den 60 bis 65jährigen hatten nur 12,3 % diesen Abschluss. Bei den 20 bis 25jährigen verfügten 31,5 % über diesen Abschluss.

- Noch stärker als beim Realschulabschluss waren 2000 die Unterschiede zwischen den Altersgruppen bezüglich des Anteils an Abschlüssen mit Fachhochschul- und Hochschulreife. Während bei den 60 bis 65jährigen nur 11,0% über diese Qualifikation verfügten, waren es bei den 20 bis 25jährigen 34,2%.
- In der Erwerbsbevölkerung waren 2000 die mittleren und höheren Schulabschlüsse häufiger als in der Gesamtbevölkerung.
- Der Trend unter jungen Erwachsenen, ein Studium einer Lehrausbildung vorzuziehen, setzt sich bei den unter 40jährigen nicht mehr fort. Dies zeigt sich in annähernd gleichen Anteilen von Hochschulabsolventen bei den 30- bis 35-jährigen wie bei den 35- bis 40-jährigen.

Gleiches gilt für die Anteile der Fachschul- und Fachhochschulabschlüsse.

- Im internationalen Vergleich war der Bildungsstand der Bevölkerung in Deutschland 1999 vergleichsweise hoch. Lediglich 19% der Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahre hatten in Deutschland – ebenfalls in Japan - weder Abitur noch eine abgeschlossene Berufsausbildung. Einzig in den USA war dieser Anteil mit 13% noch niedriger.

Betrachtet man nur die 25 bis 34jährigen, um die Bildungsentwicklung zu erfassen, so hatten in Deutschland nur noch 15% dieser Altersgruppe weder Abitur noch eine abgeschlossene Berufsausbildung. In anderen Ländern hat sich dieser Anteil noch dynamischer verbessert. Schweden (13%), Dänemark (13%), Kanada (13%), Schweiz (11%), und Japan (7%) haben Deutschland überholt.

- Der Anteil der 25 bis 64jährigen, die einen beruflichen oder allgemein bildenden Abschluss des höheren Sekundarbereichs als höchsten Abschluss erworben haben, lag 1999 in Deutschland (58 %) und Österreich (63 %) mit ca. 60% am deutlichsten über dem Ländermittel. Hier verfügten im Vergleich zu Belgien oder Italien beinahe doppelt so viele Menschen über einen Berufsabschluss oder Abitur, im Vergleich zu Spanien sogar mehr als vier mal so viele.

Betrachtet man wiederum nur die 25 bis 34jährigen, so hatten 1999 in Deutschland 63% einen beruflichen oder allgemein bildenden Abschluss des höheren Sekundarbereichs als höchsten Abschluss erworben. Deutschland liegt mit diesem Wert weiterhin hinter Öster-

reich (70%) an der Spitze, aber auch hier haben andere Länder mit stärkeren Zuwächsen aufgeholt.

- In der Ausbildung im Tertiärbereich lag Deutschland 1999 nur im Durchschnitt. 23% der 25 bis 64jährigen verfügen über eine solche, davon 13% über einen Hochschulabschluss und 10% über einen tertiären Abschluss außerhalb der Hochschulen, z.B. einen Fachschulabschluss. Merklich geringere Werte wiesen nur Österreich (11 %) und Italien (9 %) auf, deutlich höhere dagegen Kanada (39 %), Japan (31 %) und die USA (35 %).

Der positiven Entwicklung im Sekundarbereich steht Stagnation im Tertiärbereich in Deutschland gegenüber. Dies zeigt die Altersgruppe der 25 bis 34jährigen. Während sich in Frankreich (31%), Spanien (33%), Belgien (34%), Japan (45%) oder Kanada (47%) der Anteil der Personen mit einem tertiären Abschluss deutlich erhöhte, ist er in Deutschland (22%) sogar leicht gesunken.

VII Schüler und Studierende nach Bildungsbereichen

Die Verteilung der Schüler und Studierenden auf die verschiedenen Bildungsbereiche hängt zum einen von der Altersstruktur der Bevölkerung und zum anderen von der Bildungsbeteiligung ab. Die Altersstruktur der Bevölkerung wirkt sich dabei insbesondere auf die Zahl der Schüler bis einschließlich des Sekundarbereichs II aus. Ob die Schüler des Sekundarbereichs II eher allgemein bildende oder berufliche Schulen besuchen, wird dagegen stärker durch die Bildungserwartungen und deren zeitliche Veränderungen beeinflusst. Die zu beobachtenden Strukturveränderungen sind somit weniger das Ergebnis politischer Weichenstellungen sondern vielmehr Folge demographischer Prozesse und Verhaltensänderungen.

Zentrale Aussagen des Analysebandes:

- Die Verteilung der Schüler und Studierenden erfolgt im Analyseband nach den klassischen Bildungsbereichen: Vorschulbereich, Primarbereich, Sekundarstufenbereiche I und II, Sonderschulen und Hochschulbereich.

Der Einbezug des Hochschulbereichs bei der Darstellung der Anteile der Schüler und Studierende in den verschiedenen Bildungsbereichen ist nicht besonders glücklich, da ein hoher Anteil von Studierenden – wie z.B. in NRW - bei der gewählten Anteildarstellung naturgemäß die Anteile in den anderen Bildungsbereichen vermindert. Ein Vergleich zwischen den Ländern bei den schulischen Bildungsbereichen wird dadurch verzerrt bzw. zumindest erschwert. Im Analyseband wird auf diese Problematik allerdings hingewiesen.

Lässt man bei der Betrachtung den Hochschulbereich entgegen der Darstellung im Analyseband außen vor, so entspricht die Verteilung der Schüler auf die schulischen Bildungsbereiche in NRW der Durchschnittsverteilung der alten Länder. Dies ist darin begründet, dass in NRW eine vergleichbare Altersstruktur der Bevölkerung wie in diesen Ländern gegeben ist.

Lediglich bei der Aufteilung der Sekundarstufe II in den allgemein bildenden und beruflichen Bereich zeigt sich in NRW im Vergleich zum Durchschnitt der alten Länder ein unterschiedliches Bildungsverhalten bei diesen Schülern. In NRW wählen anteilsmäßig mehr Schüler die gymnasiale Oberstufe anstatt beruf-

liche Schulen als in den meisten alten Ländern. So wählen in NRW 2000 von den Schülern der Sekundarstufe II 26,5% (1999: 27,5 %) eine allgemein bildende Schule (gymnasiale Oberstufe). Im Durchschnitt der alten Ländern wählen von den Schülern der Sekundarstufe II aber nur 21,9% (1999: 22,3 %) eine gymnasiale Oberstufe.

- Der Anteil der Schülerinnen und Schüler variierte 2000 bundesweit sehr zwischen den verschiedenen Bildungsbereichen. **Die Verteilung der Mädchen und jungen Frauen in NRW auf die verschiedenen Bildungsbereiche entsprach dem Bundesdurchschnitt.**

Im Primarbereich und im Sekundarbereich I entsprach die Verteilung von Mädchen und Jungen angesichts einer praktisch vollständigen Bildungsbeteiligung etwa der Geschlechterproportion.

Im Sekundarbereich II überragte die Zahl der Jungen die der Mädchen etwas deutlicher. Hier ist aber der allgemein bildende vom beruflichen Bereich zu unterscheiden. Während die Mädchen mit 55,5% (1999: 55,4 %) die Mehrheit der Schüler an den allgemein bildenden Oberstufen stellten, waren sie in den – quantitativ gewichtigeren – beruflichen Schulen des Sekundarbereichs II mit 45,5% (1999: 45,5 %) in der Unterzahl. In den neuen Bundesländern ist der Anteil der Mädchen in den allgemein bildenden Oberstufen mit 57,8 % (1999: 58 %) deutlich über dem Bundesdurchschnitt.

In den Sonderschulen waren die Mädchen mit 36,5% (1999: 36,4 %) deutlich in der Unterzahl.

Im Hochschulbereich waren die jungen Frauen mit bundesweit 46,1 % (1999: 45,3%) leicht unterrepräsentiert. In den neuen Bundesländern war der Frauenanteil mit 49,7 % (1999: 49,2%) aber ausgeglichen.

- Seit den achtziger Jahren (ca. 50%) ist der Anteil der Mädchen in den allgemein bildenden Oberstufen während der neunziger Jahre auf über 55% gestiegen. Noch deutlicher war der Anstieg des Frauenanteils im Hochschulbereich. Dieser setzte bereits seit Mitte der achtziger Jahre ein, als die Frauen knapp 38% der Studierenden stellten. Seither wächst er mit steigender Zunahme und betrug 2000 bereits 46,1% (1999: 45,3 %).

VIII Lehrpersonal

In diesem Kapitel des Analysebandes werden die Verteilungen der vollzeit- und teilzeitbeschäftigten Lehrkräfte auf die verschiedenen Schulformen differenziert nach Frauen und Männern dargestellt. Die teilzeitbeschäftigten Lehrkräfte werden noch einmal unterteilt nach den stundenweise beschäftigten – sie unterrichten weniger als die Hälfte der Pflichtstunden einer Vollzeitkraft – und den eigentlich teilzeitbeschäftigten Lehrkräften, die mindestens die Hälfte der Stunden einer Vollzeitkraft unterrichten.

Neu aufgenommen wurde in der Ausgabe 2002 des Analysebandes eine Darstellung der Kapazitätsgewinne- bzw. -verluste an Vollzeitlehrer-Einheiten aufgrund der Anwendung von Arbeitszeitmodellen (u.a. Altersteilzeit, Sabbatjahr, Vorgriffsstundenregelungen) in den einzelnen Ländern.

Zentrale Aussagen des Analysebandes:

- Das Gros der Lehrkräfte entfiel 2000 wie 1999 mit 84% aller Lehrkräfte auf die allgemein bildenden Schulen. Hier war der Anteil der vollbeschäftigten Lehrkräfte mit 55,1% (1999: 56,3 %) niedriger als in den beruflichen Schulen, wo der Anteil 61,6 % (1999: 61,4%) betrug. Dafür fiel der Anteil der teilzeitbeschäftigten Lehrkräfte in den allgemein bildenden Schulen mit 35,4 % (1999: 34,6%) doppelt so hoch aus wie in den beruflichen Schulen mit 18,6 % (1999: 18,6%). Stundenweise beschäftigt ist der geringste Teil der Lehrkräfte: 9,5 % (1999: 9,1%) an den allgemein bildenden und 19,6 % (1999: 20%) an den beruflichen Schulen.
- Die Entwicklung der Zahl der Lehrkräfte nach Beschäftigungsumfang zeigt seit 1992 (Basisjahr der Betrachtung) eine deutliche Tendenz zur Teilzeit- und stundenweisen Beschäftigung. Dies gilt insbesondere für die allgemein bildenden Schulen, an denen die Zahl der vollzeitbeschäftigten Lehrkräfte bis heute um fast ein Zehntel zurückgegangen ist, die der teilzeitbeschäftigten dagegen um knapp 30 % und die der stundenweise beschäftigten sogar um mehr als die Hälfte (61,4 %) zugenommen hat. An den beruflichen Schulen steht einer weitgehend konstanten Zahl von Lehrkräften mit voller Stelle eine verhältnismäßig geringe Zunahme der stundenweisen Beschäftigung (Zuwachs von 9%) bei gleichzeitig überdurchschnittlichem Wachstum der Zahl der Teilzeitbeschäftigten (Zuwachs von ca. 39%) gegenüber.

- Die Anteile der Lehrkräfte nach Beschäftigungsumfang variierten 2000 in den einzelnen Ländern beträchtlich. Bei der Interpretation ist jedoch zu berücksichtigen, dass in einigen alten aber insbesondere in den neuen Ländern je nach Schulart Lehrkräfte in unterschiedlichem Ausmaß zur Teilzeitbeschäftigung verpflichtet werden, damit einerseits die Einstellung neuer Lehrkräfte (in NRW 2000 in der Grundschule bei Einstellungen) und andererseits die Weiterbeschäftigung der bereits vorhandenen Lehrkräfte bei stärker zurückgehendem Bedarf an Lehrkräften auf Grund stark zurückgehender Schülerzahlen besser gewährleistet werden kann.

In den alten Ländern waren 2000 54,3 % (1999: 55,2%) der Lehrkräfte aller Schulformen vollzeitbeschäftigt. In NRW waren es 60,7 % (1999: 63,2 %). In den Stadtstaaten waren es 68,5 % (1999: 67,8%) und in Bayern waren es wie 1999 knapp 50%.

Da der Stundenumfang einer Teilzeit-Lehrkraft sehr unterschiedlich sein kann, wird zusätzlich der erteilte Unterricht als Anteil der vollzeit- und teilzeitbeschäftigten Lehrkräfte gemessen. Gemessen an den von ihnen erteilten Unterricht gewinnen die Vollzeitlehrkräfte gegenüber den teilzeit- und stundenweise beschäftigten Lehrpersonen in allen Ländern an Gewicht.

In Deutschland wurde 2000 der Unterricht mit 65,8 % (1999: 66,5%) von vollzeitbeschäftigten Lehrkräften erteilt. In den alten Ländern wurde 64,7 % (1999: 65,5%) des Unterrichts von Vollzeit-Lehrkräften erteilt. In NRW waren es 70,2 % (1999: 72,1%), in den Stadtstaaten 76,2 % (1999: 75,5%) und in Bayern 62,7 % (1999: 63,2%).

- Auch zwischen den Schulformen unterschied sich der Beschäftigungsumfang der Lehrkräfte 2000 beträchtlich. Im Analyseband werden nur Zahlen von Deutschland insgesamt berücksichtigt. An den Gesamtschulen war im Mittel aller Länder der Anteil von vollzeitbeschäftigten Lehrkräften mit 67,7 % (1999: 68,9%) am höchsten. Daneben waren an Gymnasien mit 61,8 % (1999: 63,3%), Hauptschulen mit 62,7 % (1999: 63,4%) und Sonderschulen mit 63,3 % (1999: 63,6%) viele Vollzeitkräfte beschäftigt. An Grundschulen mit 40,3 % (1999: 42,6%) und Freien Waldorfschulen mit 48,1 % (1999: 49,4%) hatten dagegen weniger als oder etwa die Hälfte der Lehrkräfte eine volle Stelle inne. An den beruflichen Schulen unterrichteten mit 61,6 % (1999: 61,4%) geringfügig mehr Lehrkräfte als im Durchschnitt der Schulformen im Bundesdurchschnitt.

Ergänzung für NRW: In NRW zeigt sich in der Tendenz ein vergleichbares Teilzeitverhalten zwischen den Schulformen.

- Bei einer geschlechtsspezifischen Betrachtung der Lehrkräfte bezüglich des Beschäftigungsumfanges und der Verteilung auf die Schulformen sind erhebliche Unterschiede festzustellen. Im Analyseband sind nur Daten für Deutschland insgesamt angegeben. Die Ergebnisse sind in der Tendenz aber auf NRW voll übertragbar.

An den Schulen in Deutschland waren 2000 38,6 % (1999: 39,1%) Männer beschäftigt. In NRW waren es ca. 40%. Die Männer stellten nur an den beruflichen Schulen mit 59,1 % (1999: 59,7%) , im Zweiten Bildungsweg mit 55,1 % (1999: 56,2%) sowie an den Gymnasien mit 51,7 % (1999: 52,4%) die Mehrzahl der Lehrkräfte, dies gilt mit vergleichbaren Anteilen auch für NRW. Frauen waren dagegen an allen anderen Schulformen sowohl im Ländermittel als auch in NRW in der Überzahl, besonders deutlich in den Schulen der „niedrigeren“ Bildungsbereiche.

Auch der Beschäftigungsumfang der Geschlechter variierte erheblich. So waren ca. drei von vier Männern vollbeschäftigt. Bis auf die Lehrkräfte an Grundschulen und an Schularten mit mehreren Bildungsgängen (in NRW nicht vorhanden) besetzten an allen stark besuchten Schularten sogar ca. 4 von 5 Männern eine volle Stelle.

Von den Frauen hatten dagegen nur 44 % (1999: 45%) im Bundesdurchschnitt in allen Schulformen zusammen eine volle Stelle inne. Die höchsten Anteile vollzeitbeschäftigter Frauen von über 50% ließen sich für Schulkindergärten, Gesamtschulen und Sonderschulen feststellen.

- Über alle Länder betrachtet wurden 2000 aufgrund von Arbeitszeitmodellen Kapazitäten von ca. 9.800 Vollzeitlehrer-Einheiten gewonnen. Gemessen am Gesamtbestand von gut 720.000 Vollzeitlehrer-Einheiten sind dies ca. 1,4 %. In den alten Ländern erbrachte der Gewinn ca. 8.800 Stellen (1,6% gemessen am Gesamtbestand), in den neuen Ländern ca. 1000 (0,6% gemessen am Gesamtbestand).
- In Rheinland-Pfalz (2,8 % gemessen am Gesamtbestand), NRW (2,1 %), Sachsen-Anhalt (2,0 %), Hessen (1,8 %) und Niedersachsen (1,7 %) wurde die zur Verfügung stehende Arbeitszeit von Lehrkräften durch die Anwendung von Arbeitszeitmodellen am stärksten vermehrt.

- Die quantitativ größten Auswirkungen auf die Lehrerkapazitäten hatte die Anwendung der Arbeitszeitkonten (Vorgriffsstunden). In allen Ländern zusammen wurden hierdurch 8.800 Stellen gewonnen. In NRW waren es 2000 ca. 3.100 Stellen (2,0 % gemessen am Gesamtbestand). Altersteilzeit und Sabbatjahr spielten hingegen in allen Ländern nur eine geringe Rolle.

IX Schulorganisatorische Angaben der Länder

Unter den „Schulorganisatorischen Angaben der Länder“ werden die Wochenpflichtstunden der Lehrer und Schüler sowie die Vorgaben der Länder für die Klassenbildung verstanden. Die Angaben zur Klassenbildung enthalten nach Schularten und Bildungsbereichen differenzierte Ober- und Untergrenzen für die Zahl der Schüler einer Klasse. Bei der Überschreitung der Obergrenze ist eine Klasse zu teilen, bei der Unterschreitung sind zwei Klassen zusammenzulegen. Auf Grund einer Fülle von Sonderregelungen, Ausnahmefällen und länderspezifischen Besonderheiten werden die Vorgaben für die Klassenbildung im Analyseband nicht behandelt.

Zentrale Aussagen des Analysebandes zu den Wochenpflichtstunden der Lehrkräfte:

- Die wöchentliche Pflichtstundenzahl der Lehrer bezeichnet die Zahl von Stunden, die eine Vollzeitkraft, sofern sie keine Anrechnungs- oder Ermäßigungsstunden erhält, erteilen muss. In der Regel schwankt sie zwischen den Schularten und innerhalb dieser zwischen den Bildungsbereichen. Dabei gilt für alle Länder, dass die Zahl der zu erteilenden Pflichtstunden tendenziell abnimmt, je höher der Bildungsbereich ist, in dem sie gegeben werden müssen.

In einigen Ländern werden Arbeitszeitmodelle angewendet, damit die Unterrichtsversorgung bei kurzzeitigen Schwankungen der Schülerzahl annähernd konstant gehalten werden kann. Die bei steigenden Schülerzahlen über die Pflichtstunden hinaus erteilten Unterrichtsstunden werden bei abnehmenden Schülerzahlen durch Reduzierung der Pflichtstundenzahl ausgeglichen. So liegt die Zahl der Wochenpflichtstunden der Lehrer an Grundschulen mit 27 bis 28 unter allen Schulformen am höchsten, bedingt durch spezielle Arbeitszeitregelungen beträgt sie in einigen Ländern sogar 29 Stunden. In den Gymnasien und beruflichen Schulen liegt die wöchentliche Pflichtstundenzahl der Lehrkräfte um 2 bis 3 Stunden niedriger.

Die Pflichtstundenzahl der nordrhein-westfälischen Lehrkräfte ist vergleichbar mit denen der anderen Bundesländer. In der Grundschule ist die Pflichtstundenzahl in NRW um 1 Stunde geringer als in den meisten anderen Ländern.

Zentrale Aussagen des Analysebandes zu den Wochenpflichtstunden der Schüler:

- Unter der Zahl der Wochenpflichtstunden der Schüler wird die Zahl der je Klasse wöchentlich zu erteilenden Unterrichtsstunden (Stundentafeln) verstanden. Um eine bessere Vergleichbarkeit zu erzielen, sind im Analyseband die wöchentlichen Pflichtstunden auf Schularten bzw. Bildungsbereiche innerhalb von Schularten aggregiert. Um die mittlere Zahl der Wochenpflichtstunden für ein einziges Schuljahr zu ermitteln, muss die Zahl der Gesamt-Wochenpflichtstunden durch die entsprechenden Jahre geteilt werden. Die Verteilung auf die einzelnen Jahrgangsstufen kann allerdings unterschiedlich sein.

In allen Schulformen und Schulstufen liegen die Zahlen der Wochenstunden der verbindlichen Stundentafeln von NRW im Ländervergleich im bzw. leicht oberhalb vom Bundesdurchschnitt.

In der Grundschule reicht die Bandbreite der Gesamt-Wochenpflichtstunden von 86 Stunden in Berlin bis zu 108 Stunden (einschließlich der 4 Stunden je Schuljahr für die verlässliche Grundschule) in Hamburg. In NRW sind es im Bandbreitenmittel 89 Stunden bei einer Bandbreite von 87 bis 91 Stunden. In Bayern sind es 99 plus 3 Stunden für erweiterten Basissport.

Da es in einigen Ländern die schulartunabhängige Orientierungsstufe in den Jahrgängen 5 und 6 gibt, werden in den Schulformen der Sekundarstufe I nur die Stundentafeln der Klassen 7 bis 10 zwischen den Ländern verglichen.

In den Klassen 7 bis 10 der Hauptschulen werden in den Ländern jedem Schüler wöchentlich 118 bis 127 Stunden in den Stundentafeln verpflichtend vorgegeben. In NRW sind es im Bandbreitendurchschnitt 122 Stunden bei einer Bandbreite von 118 bis 126 Stunden.

In den Klassen 7 bis 10 der Realschulen entspricht die Unterrichtsmenge in den Ländern dem der Hauptschule. Jedem Schüler werden wöchentlich 118 bis 128 Stunden in den Stundentafeln verpflichtend vorgegeben. In NRW sind es im Bandbreitendurchschnitt 122 Stunden bei einer Bandbreite von 118 bis 126 Stunden wie in allen Schulformen der Sekundarstufe I.

Im Gymnasium ist die Unterrichtsmenge in den Klassen 7 bis 10 etwas höher. Jedem Schüler werden wöchentlich 119 bis 134 Stunden in den Stundentafeln verpflichtend vor-

gegeben. In NRW sind es im Bandbreitendurchschnitt 122 Stunden bei einer Bandbreite von 118 bis 126 Stunden wie in den anderen Schulformen der Sekundarstufe I

In den gymnasialen Oberstufen der Gesamtschulen und Gymnasien kommen in der dreijährigen Oberstufe in den Ländern zwischen 83 und 96 Stunden hinzu. In NRW sind es 86 bis 95 Stunden.

X Kennziffern und Relationen und deren Vernetzung

Die jährliche Dokumentation „Schüler, Klassen, Lehrer und Absolventen“ enthält neben den bereits beschriebenen Grunddaten der Schüler und Lehrer die in den Ländern erhobenen Zahlen der Klassen sowie des bereit gestellten Unterrichts. Die Zahl der Klassen kann naturgemäß nur in den Bildungsbereichen erhoben werden, in denen der Unterricht im Klassenverband und nicht in Kurssystemen stattfindet. Allerdings muss auch in diesen Bildungsbereichen berücksichtigt werden, dass der Klassenverband häufig durch Differenzierungsmaßnahmen aufgelöst werden kann.

Die Zahl der bereit gestellten Unterrichtsstunden beinhaltet all die Stunden, die den Schülern gemäß dem Stundenplan zuteil werden sollen. Andere Stunden, die gleichwohl vergütet werden, wie die Anrechnungs- und Ermäßigungsstunden oder die Stunden der Vertretungsreserve, die den Unterrichtsausfall der „originalen“ Lehrkräfte kompensieren, fließen hier nicht ein.

Bei der Berechnung der Vollzeitlehrer-Einheiten, die weitgehend den bereitgestellten Lehrstellen in einem Land entsprechen, werden alle von Land zu Land und Bildungsbereich zu Bildungsbereich vergüteten Stunden einbezogen. Hierbei werden die 3 folgenden Komponenten berücksichtigt:

- Vergütete Stunden zur Deckung des originären Unterrichtsbedarfs
- Vergütete Stunden für Vertretungsunterricht
- Vergütete Stunden für Anrechnungs- und Ermäßigungstatbestände.

In die Berechnung zur Ermittlung der Zahl der Vollzeitlehrer-Einheiten gehen zum einen die Lehrer ein, denen eine volle Stelle vergütet wird. Hinzu kommen die in Vollzeitlehrer-Einheiten umgerechneten vergüteten Stunden der Vertretungslehrer und der teilzeit- und stundenweise beschäftigten Lehrer, in denen auch der selbständige Unterricht der Lehramtsanwärter sowie der im Rahmen von Mehrarbeit erteilte Unterricht von Voll- und Teilzeitlehrern enthalten ist. Dabei bleibt außer Betracht, wie viele Pflichtstunden eine Vollzeitlehrer-Einheit umfasst und wie viele Stunden für die Erteilung von Unterricht oder für Anrechnungs- und Ermäßigungstatbestände zur Verfügung stehen. Die Zahl der Vollzeitlehrer-Einheiten gibt allein folglich keinen Aufschluss über die Unterrichtsversorgung in einem Land.

Bei der Betrachtung der Relation „erteilte Unterrichtsstunden je Vollzeitlehrer-Einheit“ muss somit berücksichtigt werden, dass sie nicht die tatsächliche Arbeitsleistung einer Vollzeitlehrer-Einheit wiedergibt, sondern nur die Stunden, die direkt in den Unterricht fließen. Da die Daten zu festgelegten Stichtagen erhoben werden, können kurzfristig auftretende Ausfälle (z.B. wegen Erkrankung und Fortbildung von Lehrkräften) dazu führen, dass die tatsächlich erteilten Unterrichtsstunden unter den gemäß Stundenplan zu erteilenden Unterrichtsstunden liegen.

Im Folgenden werden die in der Schulstatistik verwandten Relationen „Schüler je Vollzeitlehrer-Einheit“ (S/L), „Schüler je Klasse“ (S/K), „Erteilte Unterrichtsstunden je Klasse“ (U/K), „Erteilte Unterrichtsstunden je Vollzeitlehrer-Einheit“ (U/L) und „Erteilte Unterrichtsstunden je Schüler“ (U/S) im Ländervergleich dargestellt. Dabei muss aber beachtet werden, dass jede dieser Relationen lediglich einen Teilaspekt des Schulwesens beschreibt und nur auf eine ganz spezifische Frage zutreffend Antwort gibt. Eine umfassende, vergleichende Situationsbeschreibung des Schulwesens in den Ländern kann nur erfolgen, wenn die verschiedenen Relationen in ihrem Abhängigkeits- und Wirkungsgefüge zusammen betrachtet werden. Eine solche vernetzte Betrachtung wird im Anschluss an die isolierte Darstellung der einzelnen Relationen vorgenommen.

Schüler je Klasse (S/K)

Die Relation S/K ist die anschaulichste und nicht zuletzt deshalb die am häufigsten verwendete Verhältniszahl. Sie kann aber nur für jene Schulbereiche gebildet werden, in denen der Unterricht in Klassenform organisiert wird, also nicht für den Sekundarbereich II. Da der Unterricht aber nicht vollständig im Klassenverband erteilt wird – Differenzierung in Lerngruppen z.B. bei Wahlentscheidungen (u.a. Fremdsprachen), Unterschieden im Leistungsvermögen, beim Bekenntnis (Religion) und beim Geschlecht (Sport), - beschreibt die Relation S/K nicht exakt, sondern allenfalls näherungsweise die Größe der Lerngruppen, in denen der Unterricht aus Sicht der Schüler tatsächlich erteilt wird. Auf Grund fehlender Daten in den meisten Ländern kann keine Kennziffer ermittelt werden, die aus Sicht eines Schülers die Größe einer Lerngruppe im Durchschnitt angibt.

Zentrale Aussagen des Analysebandes:

- **Von 1991 (22,0) erhöhte sich die Klassengröße in den allgemein bildenden Schulen ohne den Sekundarbereich II in Deutschland bis 1997 auf 22,4 Schüler und blieb von da bis 1999 konstant. 2000 ging sie geringfügig auf 22,3 zurück. Die Klassen waren in Sachsen-Anhalt mit 19,1 (1999: 19,1), in Thüringen mit 19,5 (1999: 19,9) und in Mecklenburg-Vorpommern mit 19,7 (1999: 19,6) 2000 um 11,9% bis 14,7% kleiner als im Bundesdurchschnitt, während sie diesen in Bayern mit 23,6 (1999: 23,7) und in NRW mit 23,9 (1999: 23,9) um 5,8 % bzw. 6,9 % überschritten.**
- Angesichts der großen Unterschiedlichkeit gibt erst die Betrachtung der einzelnen Bildungsbereiche genaueren Aufschluss über die Klassengrößen.

Die Schüler des Primarbereiches gingen 1991 im Durchschnitt zu 21,8 in eine Klasse. Die Klassengröße erhöhte sich bis 1999 auf 22,6 im Bundesdurchschnitt, sank jedoch bis 2000 wieder auf 22,4. In Hamburg besuchten mit 23,8 (1999: 23,7), in NRW mit 23,7 (1999: 23,8) und in Bayern mit 24,1 (1999: 24,2) die meisten Schüler eine Klasse. Damit waren 2000 die Klassen in diesen Ländern um 6,0% (Hamburg) bis 7,4% (Bayern) größer als im Durchschnitt Deutschlands. In Thüringen mit 19,0 (1999: 20,0), in Mecklenburg-Vorpommern mit 18,8 (1999: 19,3) und in Sachsen-Anhalt mit 18,2 (1999: 19,1) besuchten dagegen nur jeweils weniger als 20 Schüler die gleiche Klasse. Die Länder unterschritten hinsichtlich der Klassengrößen im Primarbereich den Bundesdurchschnitt um 15,1% (Thüringen) bis 18,7% (Sachsen-Anhalt).

- **Im Sekundarbereich I sind die Klassen insgesamt etwas größer. Sie wurden 1999 wie 1991 von durchschnittlich 24,7 Schülern besucht. 2000 stieg die Klassenfrequenz geringfügig auf 24,8. Die kleinsten Klassen waren 2000 auch im Sekundarbereich I in Sachsen-Anhalt mit 21,6 (1999: 21,2), Thüringen mit 21,8 (1999: 22,0) und Mecklenburg-Vorpommern mit 22,0 (1999: 21,8) Schülern vorzufinden. Damit lagen die Klassenfrequenzen in diesen Ländern um 13,0% (Sachsen-Anhalt) bis 11,2% (Mecklenburg-Vorpommern) unter dem Bundesdurchschnitt. In NRW mit 26,6 (1999: 26,6) und dem Saarland mit 26,4 (1999: 26,8) entfielen die meisten Schüler auf jede Klasse, und zwar 7,5% bzw. 6,4% mehr als im Bundesdurchschnitt.**
- **In besonders kleinen Klassen wird in Sonderschulen unterrichtet. Die Klassengröße hat sich im Bundesdurchschnitt von 9,6 Schülern im Jahr 1991 auf 10,3 Schüler in**

2000 vergrößert. Die Bandbreite der Klassenstärke reichte 2000 von 8,9 Schülern in Bremen und 9,1 Schülern in Baden-Württemberg bis hin zu 11,2 Schülern in NRW und 11,7 Schülern in Bayern. Während die Sonderschulklassen in Bremen um 13,2% kleiner waren als im Bundesdurchschnitt, waren sie in Bayern um 13,7% größer. In NRW waren sie um 8,8% größer.

Erteilte Unterrichtsstunden je Klasse (U/K)

Die Relation U/K spiegelt das Angebot wider, das im Durchschnitt einer Klasse zuteil wird. Wie S/K kann auch U/K nur für jene Schulformen ermittelt werden, in denen der Unterricht im Klassenverband stattfindet. U/K ist nur näherungsweise ein Maß für das Unterrichtsangebot, das an jeden einzelnen Schüler gerichtet ist. Auf Grund fehlender Daten in den meisten Ländern kann keine Kennziffer ermittelt werden, die den tatsächlich erteilten Unterricht je Schüler im Durchschnitt angibt.

Der Relationswert U/K wird durch den Umfang der Stundentafel, durch Differenzierungsmaßnahmen und das Angebot an freiwilligem Unterricht für alle Schüler oder Teile der Schüler beeinflusst. Eine umfangreichere Stundentafel und ein größeres Angebot an freiwilligem Unterricht bedeuten ein besseres schulisches Angebot, das sich im Relationswert unmittelbar niederschlägt. Gleiches gilt für Wahlmöglichkeiten im Wahlpflichtbereich, sofern die hierdurch verursachten Differenzierungen zusätzliche Lehrerstunden erfordern. Dies ist jedoch nicht immer der Fall, weil mit zunehmender Zügigkeit einer Schule Differenzierungsmaßnahmen häufiger auch ohne zusätzlichen Stundenbedarf durchgeführt werden können. Nicht jede Erweiterung des Unterrichtsangebotes kommt deshalb in der Relation U/K zum Ausdruck.

Zentrale Aussagen des Analysebandes:

- Über alle Bildungsbereiche – in denen es Klassenverbände gibt - ist U/K in den Jahren 1992 bis 1999 im Bundesdurchschnitt geringfügig von 31,9 auf 31,6 zurückgegangen. 2000 stieg die Stundenzahl je Klasse wieder auf 31,9.

Eine überdurchschnittliche Zahl von Unterrichtsstunden wurde 2000 den Klassen in Brandenburg mit 34,4 (1999: 33,6), in Berlin 35,9 (1999: 34,6) und insbesondere in Hamburg mit 37,2 (1999: 37,6) zuteil. Während die Klassen in den 2 erst genannten Ländern zwischen 7,8% und 12,5% mehr Unterricht erhielten als alle Klassen in Deutschland im Durchschnitt, übertraf die Stundenzahl je Klasse in Hamburg den Bundesdurchschnitt so-

gar um 16,7%. Mit unter 30 entfielen die wenigsten Stunden im Mittel aller Bildungsbereiche auf die Klassen in Schleswig-Holstein mit 28,7 (1999: 28,9), in Sachsen-Anhalt mit 29,5 (1999: 29,3) sowie in Niedersachsen mit 29,9 (1999: 29,8). Die Zahl der Stunden lag hier zwischen 6,4% und 9,9% unter dem Bundesdurchschnitt.

In NRW erhielten die Klassen in 2000 im Durchschnitt über alle Bildungsbereiche 31,4 (1999: 31,4) Stunden, das sind 1,5 % unter dem Bundesdurchschnitt.

- Im Primarbereich ist die Zahl der Unterrichtsstunden je Klasse grundsätzlich geringer als im Sekundarbereich I und in den Sonderschulen. Im Durchschnitt aller Länder wurden je Klasse im Jahr 2000 27,0 Stunden erteilt. Der Vergleichswert für 1999 lag bei 26,7 Stunden.

Mit 25,1 wurden in 2000 den Klassen des Primarbereichs in Sachsen-Anhalt die wenigsten Unterrichtsstunden zuteil. Auch in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg erhielten die Klassen des Primarbereichs mit 25,3 bzw. 25,4 Stunden eine unterdurchschnittliche Unterrichtsmenge. Die Abweichung vom Mittelwert für Deutschland betrug in Sachsen-Anhalt und Baden-Württemberg zwischen 6,7 % und 5,9 %. Die mit 35,6 (1999: 35,5) weitaus meisten Stunden erhielten dagegen die Klassen des Primarbereiches in Hamburg. Ursache ist die Einführung der verlässlichen Halbtagschule, die in Hamburg im Gegensatz z.B. zu NRW als Unterricht organisiert ist. Die wöchentliche Stundenzahl in Hamburg überschritt das Bundesmittel um ein knappes Drittel. Daneben wurde auch den Berliner Klassen mit 30,6 und den bayerischen Klassen mit 29,3 Wochenstunden eine um 13,7 % bzw. 8,8 % über dem Durchschnitt liegende Unterrichtsmenge zuteil.

In NRW erhielten die Klassen des Primarbereiches 25,9 (1999: 25,8) Wochenstunden im Durchschnitt. Das sind 1,1 Stunden bzw. 3,9 % weniger als im Bundesdurchschnitt.

- Die Klassen des Sekundarbereichs I erhielten mit 34,8 (1999: 34,8) Stunden im Bundesdurchschnitt deutlich mehr Unterricht als die des Primarbereichs.

Gegenüber dem Bundesdurchschnitt um ca. 8% bis 10% weniger Unterricht erhielten die Klassen in Schleswig-Holstein mit 31,5 (1999: 31,8), in Sachsen-Anhalt mit 31,7 (1999: 31,3), in Mecklenburg-Vorpommern mit 31,9 (1999: 31,8) Wochenstunden. Dagegen wurden in Berlin mit 39,7 (1999: 38,6) und in Hamburg mit 38,8 (1999: 39,3) die meisten

Stunden je Klasse erteilt. Hier wurde das Bundesmittel um 11,3 % bzw. 14,0 % übertroffen.

In NRW erhielten in 2000 die Klassen des Sekundarbereichs I 34,7 (1999: 34,8) Wochenstunden, dies entspricht in etwa dem Bundesdurchschnitt (34,8).

- In den Sonderschulen lag die seit 1992 weitgehend konstante Zahl der erteilten Unterrichtsstunden je Klasse 2000 mit 35,4 (1999: 35,0) leicht über dem Niveau des Sekundarbereichs I im Bundesmittel.

Allerdings waren die Unterschiede zwischen den Ländern erheblich größer. Während im Saarland 26,6 (1999: 31,8), in Sachsen-Anhalt 29,0 (1999: 28,7), in Schleswig-Holstein 29,8 (1999: 30,0), in Niedersachsen 30,0 (1999: 30,1) und in Mecklenburg-Vorpommern 30,2 (1999: 29,1) ca. 30 Wochenstunden oder weniger für die Klassen in den Sonderschulen vorgesehen waren, wurden in Hessen 39,7 (1999: 39,4) und in Baden-Württemberg 40,8 (1999: 40,4) Stunden wöchentlich je Klasse erteilt. Während die ersteren Länder um 14,9 % (Mecklenburg-Vorpommern) bis 24,8 % (Saarland) unter dem Bundesdurchschnitt blieben, übertrafen die letzteren diesen um 15,1 % (Baden-Württemberg) bzw. 11,9 % (Hessen).

In NRW erhielten 2000 die Klassen der Sonderschulen 37,9 (1999: 37,9) Wochenstunden, dies sind 6,8% mehr als im Bundesdurchschnitt.

Erteilte Unterrichtsstunden je Vollzeitlehrer-Einheit (U/L)

Eine isolierte Betrachtung von U/L kann zwischen den verschiedenen Bildungsbereichen und vor allem den Ländern nur unter erheblichen Vorbehalten erfolgen.

Die Ursachen hierfür liegen in unterschiedlichen Abgrenzungskriterien für den erteilten Unterricht auf der einen Seite und den Vollzeitlehrer-Einheiten auf der anderen Seite. Bei den Vollzeitlehrer-Einheiten werden neben dem originären Unterricht auch die Stellenanteile für Vertretungsunterricht und Ermäßigungs- und Anrechnungstatbestände berücksichtigt. Bei dem erteilten Unterricht wird nur der originäre Unterricht gezählt – entweder der Unterricht der Originallehrkraft oder der Vertretungslehrkraft - . Anrechnungs- und Ermäßigungsstunden werden beim erteilten Unterricht nicht berücksichtigt. Dies bedeutet u.a., dass je größer die Vertretungsreserve ist, um so kleiner fällt U/L aus, mit anderen Worten je stärker wird die Unterrichtsleistung einer Vollzeitlehrer-Einheit unterschätzt.

Für einen validen Ländervergleich wird z.Zt. eine Zerlegung des Pflichtstundendeputates einer Vollzeitlehrer-Einheit erarbeitet, die die Anteile des originären Unterrichts, des Vertretungsunterrichts und der Ermäßigungs- und Anrechnungsstunden differenziert ausweist.

Trotz dieser o.g. Einschränkungen stellt U/L uneingeschränkt einen wichtigen Erklärungsanteil bei der Zerlegung der Relation S/L in die sie verursachenden Faktoren, wozu U/L gehört, dar.

An dieser Stelle wird auf eine isolierte Auswertung von U/L im Ländervergleich verzichtet. Bei der Auswertung der Relation S/L wird auf U/L aber zurückgegriffen.

Erteilte Unterrichtsstunden je Schüler (U/S)

Zentrale Aufgabe der Schulen ist die Erteilung von Unterricht. Insofern kommt der Frage nach der Unterrichtsversorgung große Bedeutung zu. Sie kann in folgender Form präzisiert werden: Wie viele Unterrichtsstunden werden im Verhältnis zur Schülerzahl von den Lehrkräften erteilt? Auf diese Frage gibt die Relation U/S Antwort. Hiermit wird aber nicht die Frage beantwortet, wie viele Unterrichtsstunden ein Schüler im Durchschnitt pro Woche erhält. Diese Frage wird, da kein Einzel- sondern Klassenunterricht erteilt wird, am besten – wenn auch nur näherungsweise – durch die Relation U/K beantwortet.

Die Gesamtzahl der bereitgestellten Unterrichtsstunden kann unterschiedlich eingesetzt werden. Entweder erhält der einzelne Schüler möglichst viele Unterrichtsstunden und dafür werden größere Lerngruppen in Kauf genommen oder es werden kleinere Lerngruppen gebildet bei gleichzeitiger Einschränkung des Unterrichtsangebotes für den einzelnen Schüler. Beide Ziele, viel Unterricht für den einzelnen Schüler und kleine Lerngruppen, können nicht gleichzeitig erreicht werden, da zwischen den Relationen U/S, U/K und S/K die folgende Beziehung besteht:

$$U/S = (U/K) / (S/K).$$

Bei vorgegebenem Verhältnis U/S verhalten sich die Relationswerte U/K und S/K zueinander direkt proportional.

Im Analyseband wird diese kausale Vernetzung - die Vernetzungsmethode wird im Anhang des Analysebandes für methodisch Interessierte ausführlich erläutert – von U/S in Abhängig-

keit von U/K und S/K und deren quantitative Auswirkungen auf U/S heraus gearbeitet. Hierbei werden die folgenden Abhängigkeiten quantitativ dargestellt:

- Je mehr Unterrichtsstunden auf jede Klasse entfallen, desto größer ist die Relation U/S. Je weniger Unterrichtsstunden auf jede Klasse entfallen, desto kleiner ist die Relation U/S.
- Je kleiner im Durchschnitt die Klassen sind, desto größer ist die Relation U/S. Je größer im Durchschnitt die Klassen sind, desto kleiner ist die Relation U/S.

Zentrale Aussagen des Analysebandes:

- **NRW hat im Ländervergleich sowohl über alle Bildungsbereiche betrachtet als auch in den einzelnen Bildungsbereichen mit die geringsten Werte für U/S. Die Ursache dafür sind die im Ländervergleich sehr hohen Klassenfrequenzen und die etwa im Bundesdurchschnitt liegenden Werte für U/K. In der Primarstufe allerdings liegt NRW auch bei der Relation U/K knapp unterhalb des Bundesdurchschnittes (um 1,1 Stunden bzw. 3,9%).**
- Die Relation U/S reagiert bei geringen absoluten Veränderungen sehr sensibel: Die Zahl der Unterrichtsstunden je Schüler im Primarbereich betrug in Deutschland z.B. im Jahr 1999 1,182. Wollte man sie z.B. um 0,118 auf 1,300, also um 10%, erhöhen, müssten hierfür entweder bundesweit bei gleichbleibendem Unterricht je Klasse die Klassenfrequenzen von 22,56 Schüler um 2,04 Schüler auf 20,52 Schüler gesenkt werden oder die Zahl der wöchentlichen Unterrichtsstunden je Klasse bei gleichbleibender Klassengröße um 2,66 Stunden von 26,67 auf 29,33 Stunden erhöht werden. Beides bedeutet eine Erhöhung der Zahl der erteilten Stunden um knapp 420.000 Wochenstunden. Dies entspricht ca. 16.800 Stellen bei angenommenen 25 Wochenpflichtstunden je Stelle.
- Im Rahmen der Vernetzung der Relation U/S im Primarbereich mit U/K und S/K wurden die Länder in vier Gruppen mit jeweils vergleichbaren Merkmalen eingeteilt:

NRW befindet sich nach dieser Einteilung zusammen mit Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein in einer Gruppe. In den 3 Ländern lag U/S im Jahr 2000 unter dem Bundesdurchschnitt. In Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein spiegelt

sich dies primär in einer niedrigeren Zahl erteilter Unterrichtsstunden je Klasse (U/K) wider, die Klassenfrequenzen (S/K) lagen in Baden-Württemberg im Bundesdurchschnitt. In Schleswig-Holstein hingegen waren sie niedriger als im Bundesdurchschnitt, dies ergibt trotz gleicher Unterrichtsmenge pro Klasse wie in Baden-Württemberg einen höheren Wert für U/S in Schleswig-Holstein als dort. In NRW wurde dagegen das Unterrichtsangebot in den Klassen (U/K) im Vergleich mit dem Bundesdurchschnitt um den Preis etwas größerer Lerngruppen (S/K) kaum reduziert.

Zur zweiten Gruppe gehören die 3 Stadtstaaten sowie Bayern und Rheinland-Pfalz. Hier wurden für die mittelgroßen bis großen Klassen des Primarbereichs überdurchschnittlich viele Unterrichtsstunden zur Verfügung gestellt.

In den Ländern der dritten Gruppe, die aus Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen besteht, war U/S im Jahr 2000 deutlich überdurchschnittlich. Allerdings lag hier im Gegensatz zu den vorgenannten Ländern der Schwerpunkt auf der Bildung möglichst kleiner Klassen (S/K).

Die vierte Gruppe besteht aus den Ländern Saarland, Hessen, Niedersachsen und Brandenburg. In diesen Ländern führten 2000 geringe Klassenfrequenzen (S/K) kombiniert mit vergleichsweise etwas weniger Unterrichtsstunden je Klasse zu mittleren bzw. im Saarland und Brandenburg leicht überdurchschnittlichen Werten für U/S.

- Die Relation U/S reagiert auch im Sekundarbereich I bei geringen Veränderungen sehr sensibel: Die Zahl der Unterrichtsstunden je Schüler im Sekundarbereich I betrug in Deutschland z.B. im Jahr 1999 1,409. Wollte man sie z.B. um 0,141 auf 1,550, also um 10%, erhöhen, müssten hierfür entweder bundesweit bei gleichbleibendem Unterricht je Klasse die Klassenfrequenzen von 24,71 Schüler um 2,25 Schüler auf 22,46 Schüler gesenkt werden oder die Zahl der wöchentlichen Unterrichtsstunden je Klasse bei gleichbleibender Klassengröße um 3,49 Stunden von 34,81 auf 38,30 Stunden erhöht werden. Beides bedeutet eine Erhöhung der Zahl der erteilten Stunden um gut 740.000 Wochenstunden. Dies entspricht ca. 29.600 Stellen bei angenommenen 25 Wochenpflichtstunden je Stelle.

- Im Rahmen der Vernetzung der Relation U/S mit U/K und S/K konnten auch im Sekundarbereich I die Länder in vier Gruppen mit jeweils vergleichbaren Merkmalen eingeteilt werden:

In der ersten Gruppe hatten die Länder Hamburg, Brandenburg, Sachsen, Baden-Württemberg und Bremen im Jahr 2000 gemeinsam, dass hier bei unterdurchschnittlicher Klassengröße mehr Unterricht erteilt wurde als im Mittel der Länder. Daraus ergaben sich insbesondere für Hamburg, Bremen und Brandenburg sowie abgeschwächt für Sachsen und Baden-Württemberg hohe Werte für U/S. Bremen unterschied sich von den übrigen Ländern dadurch, dass hier die niedrige Klassenfrequenz rechnerisch den größeren Anteil der Abweichung von U/S vom Bundesdurchschnitt erklärte, während in Hamburg, Brandenburg, Sachsen und Baden-Württemberg die Zahl der Unterrichtsstunden je Klasse mehr zum hohen Wert von U/S beitrug.

Eine zweite Gruppe bilden die Länder Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Hier standen teilweise erheblich kleinere Klassen (Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen) als im Bundesdurchschnitt einer insbesondere in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein vergleichsweise niedrigen Zahl erteilter Unterrichtsstunden je Klasse gegenüber. Daraus ergaben sich für Niedersachsen und Schleswig-Holstein durchschnittliche sowie für Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen hohe Werte für U/S.

Die dritte Gruppe bildeten Bayern und Berlin. Hier sind die Verhältnisse genau umgekehrt zu denen in der zweiten Gruppe. Relativ große Klassen fallen mit einer – in Berlin erheblich – überdurchschnittlichen Zahl erteilter Unterrichtsstunden je Klasse zusammen. Das Ergebnis sind ein in Bayern durchschnittlicher und in Berlin erhöhter Wert für U/S.

Niedrige Werte für U/S waren in der vierten Gruppe 2000 in Hessen und Rheinland-Pfalz sowie insbesondere in Nordrhein-Westfalen und dem Saarland vorzufinden. Während dies in Hessen und Rheinland-Pfalz sowohl auf etwas größere Klassen als auch auf eine geringfügig unter dem Bundesmittel liegenden Zahl von Unterrichtsstunden je Klasse zurückzuführen war, waren in NRW und im Saarland die vergleichsweise hohen Klassenfrequenzen rechnerisch vorrangiger Verursacher der niedrigen Zahl erteilter Unterrichtsstunden je Schüler.

Schüler je Vollzeitlehrer-Einheit (S/L)

Die Relation S/L erfährt im öffentlichen Diskurs rege und auch häufig erregte Verwendung. In dieser Relation werden alle Schüler auf alle Vollzeitlehrer-Einheiten bezogen, d.h. es wird nicht ausgedrückt, wie viele Schüler einem Lehrer während des Unterrichts tatsächlich gegenüberstehen oder wie viele Stunden die Schüler wöchentlich erteilt bekommen. Vielmehr handelt es sich bei S/L um eine Größe, die die Versorgung der Schulen mit Lehrpersonal beschreibt, aber keine Aussagen über den Lehrerbedarf oder die Unterrichtsversorgung während der Berichtszeit ermöglicht.

S/L dient eher der Quantifizierung der bereitgestellten Lehrerstellen je Schüler als der Beschreibung der Unterrichtssituation in den Ländern und ist damit mehr ein Indikator für die haushaltswirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Die Unterrichtsversorgung ist dagegen auch von der Zahl der erteilten Unterrichtsstunden je Vollzeitlehrer-Einheit, der Klassengröße und insbesondere der Zahl der Unterrichtsstunden je Klasse abhängig.

S/L lässt sich Abhängigkeit von U/L, U/K und S/K wie folgt darstellen:

$$S/L = (U/L) * (S/K) / (U/K)$$

Da $U/S = (U/K) / (S/K)$ ist, kann man S/L verkürzt auch wie folgt darstellen:

$$S/L = (U/L) / (U/S)$$

Im Analyseband wird die kausale Vernetzung - die Vernetzungsmethode für S/L wird im Anhang des Analysebandes ausführlich erläutert - von S/L nur in Abhängigkeit von U/L und U/S und deren quantitative Auswirkungen auf S/L heraus gearbeitet. Auf die komplexere Vernetzung von S/L in Abhängigkeit von U/L, U/K und S/K wird aus Gründen der einfacheren Darstellbarkeit verzichtet. Dennoch muß stets beachtet werden, dass S/K und U/K mittelbar über U/S in kausalem Zusammenhang mit S/L stehen.

Mit der Methode der Zerlegung werden die folgenden Abhängigkeiten quantitativ dargestellt:

- Je mehr Unterrichtsstunden jede Vollzeitlehrer-Einheit erteilt, desto größer ist die Relation S/L. Je weniger Unterrichtsstunden jede Vollzeitlehrer-Einheit erteilt, desto kleiner ist die Relation S/L.

- Je kleiner die Relation U/S ist, desto größer ist die Relation S/L. Je größer die Relation U/S ist, desto kleiner ist die Relation S/L.

Zentrale Aussagen des Analysebandes:

- **NRW belegt im Ländervergleich sowohl über alle Bildungsbereiche betrachtet als auch in den einzelnen Bildungsbereichen eher hintere Rangplätze mit relativ hohen Werten für S/L. Verursacht wird dies durch die hohen Klassenfrequenzen bzw. Gruppenfrequenzen gekoppelt mit etwa im Ländermittel liegenden Werten der Relationen U/K und U/L.**
- Die Relation S/L reagiert wie die Relation U/S im Primarbereich bei geringen absoluten Veränderungen ebenfalls sehr sensibel: Die Zahl der Schüler je Vollzeitlehrer-Einheit im Primarbereich betrug in Deutschland z. B. im Jahr 1999 genau 21 Schüler. Wollte man sie z.B. um 1 Schüler auf 20, also um ca. 4,8% reduzieren, müssten hierfür bundesweit gut 8.400 Lehrerstellen zusätzlich bereitgestellt werden, eine Verringerung um 10% auf 18,9 Schüler erforderte die Einstellung von fast 18.700 Vollzeitlehrer-Einheiten.
- Bei der Vernetzung von S/L mit U/S und U/L im Primarbereich führt die Zusammenfassung der Länder zu Gruppen mit ähnlichen Charakteristiken im Unterschied zur Vernetzung von U/S mit U/K und S/K lediglich zu drei Gruppen:

Eindeutig von den übrigen Ländern zu unterscheiden waren 2000 in der ersten gebildeten Gruppe die Länder Thüringen, Hamburg, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. Auf eine Vollzeitlehrer-Einheit kamen hier die wenigsten Schüler, wobei in allen Ländern sowohl die Zahl der erteilten Unterrichtsstunden je Lehrer unter- wie die der erteilten Unterrichtsstunden je Schüler überdurchschnittlich war. In Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt überwiegt jedoch der Einfluss der hohen Unterrichtsmenge (U/S) über den der wenigen erteilten Unterrichtsstunden je Lehrkraft (U/L). In Thüringen tragen dagegen neben der hohen Zahl von Unterrichtsstunden je Schüler (U/S) auch unterdurchschnittliche Werte für U/L in beträchtlichem Maß zur niedrigen Relation S/L bei.

Zu einer zweiten Gruppe zählen die Hälfte aller Länder, und zwar Berlin, Bremen, Rheinland-Pfalz, Brandenburg, das Saarland, Bayern, Hessen und Niedersachsen. In diesen Ländern trugen 2000 – wie in den Ländern der ersten Gruppe – geringfügig (Hessen, Bayern und Niedersachsen) bis deutlich (Berlin und Bremen) über dem Bundesdurchschnitt

liegende Werte für U/S rechnerisch zu einer Senkung der Zahl der Schüler je Vollzeitlehrer-Einheit bei. Allerdings wurden hier je Vollzeitlehrer-Einheit mehr Unterrichtsstunden gegeben als im Bundesdurchschnitt. Die so weniger benötigten Lehrerstellen spiegelten sich im Zusammenspiel mit der leicht bis deutlich erhöhten Unterrichtsmenge je Schüler in einer nicht allzu weit vom Bundesmittel abweichenden Zahl von Schülern je Vollzeitlehrer-Einheit wider, wobei diese in Berlin und Bremen deutlicher sowie in Rheinland-Pfalz etwas unter dem Bundesdurchschnitt lag. In Brandenburg, dem Saarland und Bayern entsprach sie diesem weitgehend. Hessen und Niedersachsen wiesen geringfügig überdurchschnittliche Werte für S/L auf.

Die dritte gebildete Gruppe enthält die Länder NRW, Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg. Hier lag S/L im Jahr 2000 über dem Bundesdurchschnitt, insbesondere in Baden-Württemberg. Die drei Länder wiesen für den Primarbereich die wenigsten erteilten Unterrichtsstunden je Schüler (U/S) überhaupt auf, wobei NRW hier - verursacht durch hohe Klassenfrequenzen - am stärksten von den anderen abwich. In Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein wurde die hohe Zahl von Schülern je Vollzeitlehrer-Einheit auch dadurch hervorgerufen, dass je Vollzeitlehrer-Einheit eine recht hohe Zahl von Unterrichtsstunden erteilt wurde, während in NRW im Verhältnis mehr Vollzeitlehrer-Einheiten mit jeweils weniger erteilten Unterrichtsstunden beschäftigt waren. Dies ist in NRW in der Primarstufe durch die gut ausgestattete Vertretungsreserve und das relativ niedrige Pflichtstundensoll der Lehrer begründet. Die höhere Stundenzahl je Lehrerstelle in Baden-Württemberg führte dazu, dass im Vergleich zu NRW weniger Lehrer benötigt wurden und folglich S/L einen höheren Wert annahm, obwohl die Zahl der erteilten Unterrichtsstunden höher war als in NRW.

- Die Relation S/L reagiert im Sekundarbereich I wie im Primarbereich bei geringen absoluten Veränderungen ebenfalls sehr sensibel: Die Zahl der Schüler je Vollzeitlehrer-Einheit im Sekundarbereich I betrug in Deutschland z. B. im Jahr 1999 16,57 Schüler. Eine Reduzierung von S/L um 10 % auf 14,9 Schüler je Vollzeitlehrer-Einheit würde die zusätzliche Bereitstellung von bundesweit gut 35.300 Lehrerstellen bedeuten.
- Für den Sekundarbereich I erweist sich die Einteilung der Länder hinsichtlich der Relation S/L in Gruppen als sehr schwierig. Wie in der Primarstufe können hier drei Gruppen mit vergleichbaren Charakteristiken unterschieden werden.

In der ersten zusammengefassten Gruppe hatte Hamburg 2000 die wenigsten Schüler je Vollzeitlehrer-Einheit. Dies lässt sich rechnerisch vorrangig mit der hohen Zahl erteilter Unterrichtsstunden je Schüler erklären, wobei auch die Zahl der erteilten Stunden je Vollzeitlehrer-Einheit unterdurchschnittlich war. Ähnliche Werte wie Hamburg wiesen Berlin und Thüringen sowie mit Einschränkungen Sachsen-Anhalt auf, nur dass hier bei vergleichbaren Werten für die Unterrichtsstunden je Lehrer die Zahl der Unterrichtsstunden je Schüler nicht ganz so hoch war und folglich S/L etwas weniger weit nach unten vom Bundesdurchschnitt abwich als in Hamburg. Geringfügig nach unten wich S/L auch in Bayern vom Bundesdurchschnitt ab, wobei die Abweichung durch eine leicht unterdurchschnittliche Zahl von erteilten Unterrichtsstunden je Vollzeitlehrer-Einheit hervorgerufen wurde.

In der zweiten Gruppe lag S/L auch in Bremen, Brandenburg und Sachsen unterhalb des Bundesdurchschnittes, allerdings nicht so niedrig wie in Hamburg oder Berlin. Hier wurden zwar auch überdurchschnittlich viele Unterrichtsstunden je Schüler erteilt, dies geschah allerdings mit weniger Vollzeitlehrer-Einheiten. Denn die Zahl der erteilten Unterrichtsstunden je Vollzeitlehrer-Einheit lag 2000 in Sachsen geringfügig sowie in Bremen und Brandenburg deutlich über dem Bundesmittel.

Dieser zweiten Gruppe sind auch Mecklenburg-Vorpommern und Baden-Württemberg zuzurechnen. Hier fielen 2000 eine überdurchschnittliche Zahl von Unterrichtsstunden je Vollzeitlehrer-Einheit mit überdurchschnittlich vielen erteilten Unterrichtsstunden je Schüler zusammen. Das Resultat war in beiden Ländern ein mittlerer Wert für die Relation S/L.

In der dritten gebildeten Gruppe waren 2000 Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hessen, Rheinland-Pfalz, das Saarland und NRW hinsichtlich der Relation S/L von gemeinsamen Charakteristika geprägt.

In Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hessen überschritt S/L das Mittel aller Länder geringfügig. Ursächlich war, dass die Zahl der erteilten Unterrichtsstunden je Vollzeitlehrer-Einheit leicht über dem Bundesdurchschnitt lag und gleichzeitig die Unterrichtsmenge je Schüler etwas geringer als im Bundesmittel war. In Rheinland-Pfalz und dem Saarland wich die Relation U/S stärker nach unten sowie die Relation U/L stärker nach oben vom Bundesdurchschnitt ab als in den vorgenannten Ländern; die rechnerischen Folgen von viel Unterricht je Vollzeitlehrer-Einheit und we-

nig je Schüler waren die höchsten Schülerzahlen je Vollzeitlehrer-Einheit im Bundesvergleich.

In NRW, wo die Relation Schüler je Vollzeitlehrer-Einheit 2000 ähnlich hoch war wie in Rheinland-Pfalz und dem Saarland, wurde dies ausschließlich durch die geringe Zahl von Unterrichtsstunden je Schüler verursacht, die wiederum auf erhöhte Klassenfrequenzen zurückzuführen waren. Die verhältnismäßig geringe Zahl der erteilten Unterrichtsstunden je Vollzeitlehrer-Einheit wirkte dagegen senkend auf S/L.

XI Relativer Schulbesuch

Der relative Schulbesuch gibt die Verteilung der Schüler in Klassenstufe 8 auf die verschiedenen Schulformen an. Die Klassenstufe 8 wurde gewählt, weil erst in dieser Jahrgangsstufe bei unterschiedlichen Übergangsregelungen in den Ländern auf die weiterführenden Schulen die meisten Wechsel vollzogen sind.

Die Verteilung der Schüler gibt zum einen in einem intertemporalen Vergleich darüber Auskunft, ob der quantitative Stellenwert bestimmter Schulformen zu- oder abnimmt. Zum anderen bringt er bei einem Vergleich der Länder untereinander Aufschluss über verschiedene Strategien hinsichtlich des Schulangebotes sowie über die quantitative Bedeutung der Schulformen in den verschiedenen Ländern.

Zentrale Aussagen des Analysebandes:

- In der zeitlichen Entwicklung der Verteilung der Schüler auf die verschiedenen Schulformen lässt sich ein bestimmender Trend feststellen : Der Anteil der Hauptschüler ist rückläufig. Besuchten im Jahr 1992 noch 212.200 (25%) der damals 849.900 Schüler in der 8. Klasse die Hauptschule, so waren es 2000 zwar 218.500 (22,4%), allerdings von nunmehr 975.600 Schülern. Während also die Zahl der Achtklässler insgesamt von 1992 bis 2000 um 14,8% gestiegen ist, hat sie an Hauptschulen lediglich um 3,0% zugenommen.

In NRW stieg im gleichen Zeitraum die Zahl der Achtklässler insgesamt um 18,7% die Zahl der Hauptschüler sank hingegen aber um 2,1%. In NRW besuchten 1992 31,2% der Achtklässler eine Hauptschule, 2000 waren es nur noch 24,7%.

Vom relativen Rückgang der Hauptschüler haben in Deutschland insgesamt in erster Linie die Realschulen profitiert. Ihr Anteil an allen Achtklässlern hat sich im Zeitraum von 1992 bis 1999 von 24,8% auf 26,4% erhöht. Im Jahr 2000 unterlag die Entwicklung der Zahl der Realschüler einer Sonderentwicklung. Die Länder Saarland und Sachsen-Anhalt haben ihre Haupt- und Realschulen beinahe vollständig in Schularten mit mehreren Bildungsgängen überführt. Während dies angesichts der quantitativ geringeren Bedeutung der Hauptschulen in beiden Ländern kaum Auswirkungen auf den bundesweiten Anteil der Hauptschüler an allen Achtklässlern hat, ist die Realschule stärker betroffen. Ihr Anteil an allen Schülern der Klassenstufe 8 sank bundesweit von 1999 bis 2000 von 26,4%

auf 24,3%. Entsprechend stieg der Anteil der Schüler in den 8. Klassen der Schulen mit mehreren Bildungsgängen von 1999 bis 2000 von 6,9% auf 9,3%.

In NRW haben neben der Realschule auch die Gesamtschulen vom Rückgang der Hauptschulen profitiert. In den Realschulen hat sich der Anteil der Achtklässler im gleichen Zeitraum von 24,4% auf 25,6% und in der Gesamtschule noch stärker von 12,3% auf 15,0% erhöht.

- Die einzelnen Länder unterschieden sich 2000 hinsichtlich der Verteilung ihrer Schüler auf die verschiedenen Schulformen in Klassenstufe 8 erheblich.

Eine der wenigen Gemeinsamkeiten war, dass in allen Ländern zwischen gut einem Viertel und gut einem Drittel der Achtklässler das Gymnasium besuchten. Während der Unterschied hinsichtlich der Besuchsquote des Gymnasiums zwischen den alten (28,8%) und neuen (31,2%) Ländern eher gering war, lag der Anteil der Gymnasiasten in der 8. Klasse in den Stadtstaaten (33,3%) deutlich höher als in den Flächenstaaten (29,1%). **Unter den Ländern gingen mit knapp 27% in Bayern, Schleswig-Holstein und Niedersachsen die wenigsten und in Berlin (33,2%) sowie insbesondere in Hamburg (34,3%) die meisten Achtklässler zum Gymnasium. In NRW waren es 30,1%. Hiermit liegt NRW um 0,7 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt und um 3,6 Prozentpunkte oberhalb von Bayern.**

Die **Verteilung der Besuchsquote der Gesamtschulen** in den verschiedenen Ländern ist extrem unterschiedlich. In der einen Hälfte der Länder war sie quantitativ bedeutend, in der anderen Hälfte war sie nur sehr marginal. So gibt es die Schulform Gesamtschule in Sachsen überhaupt nicht. In Baden-Württemberg, Bayern, Sachsen-Anhalt und Thüringen spielte sie 2000 bei Besuchsraten von rund 1% oder weniger eine untergeordnete Rolle. Auch in Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz hatte sie mit weniger als 5% der Schüler, in Schleswig-Holstein mit 6,1%, keine bedeutende Rolle. In der anderen Hälfte der Länder lagen die Besuchsquoten bedeutend höher. **Sie reichten von 15,0% in NRW und 15,3% in Bremen über 26,7% in Hamburg und 29,4% in Berlin bis hin zu Brandenburg, wo jeder zweite Achtklässler die Gesamtschule besuchte.** Der Vergleich der Stadtstaaten mit den Flächenstaaten ergibt, dass der Anteil der Gesamtschüler mit 27,1% in den Stadtstaaten 2000 mehr als dreimal so hoch war wie in den Flächenstaaten mit 8,0%. Auch die Unterschiede zwischen den alten (7,8%) und neu-

en (13,7%) Ländern waren – allerdings auf Grund der hohen Brandenburger Besuchsquote - beträchtlich.

Ähnlich wie im Gymnasium schwankten die Quoten für die **Realschule**, die 2000 bundesweit mit 24,3% der Schüler nach dem Gymnasium am besten besucht war. In den Stadtstaaten lag die Quote mit 19,8% niedriger als in den Flächenstaaten (24,6%). Während sie in Hamburg (13,8%) und Brandenburg (15,7%) am wenigsten frequentiert war, besuchte sie in Mecklenburg-Vorpommern (44,0%) fast die Hälfte. In den Ländern Sachsen, Thüringen - seit 2000 auch in Sachsen-Anhalt - ist sie nicht existent. Im Saarland wird sie nach der Umwandlung nur noch von 2% der Achtklässler besucht. **In NRW war die Besuchsquote mit 25,6% leicht über dem Bundesdurchschnitt.**

Die **Hauptschule** verliert in den meisten Bundesländern an quantitativer Bedeutung. Bundesweit besuchten sie noch 22,4% der Achtklässler, in manchen Ländern war ihre Bedeutung jedoch weitaus geringer. Insbesondere in den neuen Ländern ist sie kaum mehr als eine Randerscheinung. In Brandenburg, Sachsen, Thüringen - seit 2000 auch in Sachsen-Anhalt - ist sie überhaupt nicht existent. In den alten Ländern hatte sie 2000 dagegen etwa den gleichen Stellenwert wie die Realschule oder das Gymnasium. Auch in den Stadtstaaten ist die Hauptschule mit 12,7% wenig besucht. In den Ballungszentren von NRW werden ähnlich niedrige Besuchsquoten erreicht. Die höchsten Quoten in der Hauptschulen gab es 2000 in Rheinland-Pfalz (30,1%), sowie in Baden-Württemberg (33,0%) und Bayern (37,8%). **In NRW gingen 24,7% der Achtklässler in die Hauptschule.**

In die Sonderschulen gingen 2000 bundesweit 4,9% der Schüler der 8. Klassen. Die wenigsten im Saarland (3,8%), NRW (4,1%) und Berlin (4,2%), die meisten in Hamburg (6,7%), Thüringen (7,2%) und Sachsen-Anhalt 7,6%). In Hamburg ist die hohe Quote durch Einpendler aus den umliegenden Bundesländern bedingt.

XII Abschlussbezogene Absolventenquoten

Die Zahl der Absolventen ist insbesondere im Hinblick auf den Arbeitsmarkt bzw. den Lehrstellenmarkt und die Hochschulplanung von großer Bedeutung.

Wesentliche Ergebnisse des Analysebandes:

- Das Gros der allgemein bildenden Abschlüsse wird an den allgemein bildenden Schulen erworben. Die Anteile der allgemein bildenden Abschlüsse, die an beruflichen Schulen vergeben werden, variieren zwischen den Abschlussarten erheblich. Während die Fachhochschulreife häufig an beruflichen Schulen vergeben wird, bewegt sich der Anteil der Absolventen beruflicher Schulen bei den anderen Abschlüssen zwischen 10% und 20%. In NRW trifft dies ebenfalls zu.
- **In Deutschland verließen 2000 85 000 Schüler oder 9,4% der gleichaltrigen Bevölkerung die allgemein bildenden Schulen, ohne einen Abschluss erworben zu haben.** Etwa zwei Fünftel von ihnen kamen von der Sonderschule. Es bleiben voraussichtlich nicht alle von ihnen ihr Leben lang ohne allgemein bildenden Schulabschluss, denn erfahrungsgemäß holen ca. zwei Fünftel von ihnen den Hauptschulabschluss im Lauf ihrer späteren Ausbildung an beruflichen Schulen nach.

NRW (6,3%) und Mecklenburg-Vorpommern (6,7%) unterschreiten den Bundesdurchschnittswert (9,4%) 2000 deutlich. Neben diesen beiden Ländern lag die Quote der Abgänger ohne Hauptschulabschluss auch in Baden-Württemberg (8,2%) und Brandenburg (8,6%) unter dem Bundesdurchschnitt. Von einem überdurchschnittlich hohen Anteil der gleichaltrigen Bevölkerung wurden die allgemein bildenden Schulen in Berlin und Sachsen (je 12,5%), Sachsen-Anhalt (12,8%), Hamburg (13,1%) und Thüringen (13,3%) ohne den Hauptschulabschluss verlassen

- In Deutschland haben 2000 266.300 Schüler und damit 29,4% der Bevölkerung im typischen Alter zum Erwerb des Hauptschulabschlusses die Schule mit dem Hauptschulabschluss verlassen oder sind an eine andere allgemein bildende Schule gewechselt. Davon erwarben ihn 87,6% an den allgemein bildenden Schulen. Damit war der Hauptschulabschluss auf Bundesebene bei weitem nicht mehr der quantitativ bedeutendste Schulabschluss. Nichtsdestotrotz war sein Stellenwert in einigen Ländern 2000 nach wie vor sehr hoch. So erwarben den Hauptschulabschluss in Schleswig-Holstein (41,5%), Bayern

(41,0%), Baden-Württemberg (39,9%) und Rheinland-Pfalz (37,5%) große Teile der gleichaltrigen Bevölkerung. Am niedrigsten war die Quote in Sachsen (16,3%) und Sachsen-Anhalt (16,6%), sie lag in diesen Ländern gemessen an den o.g. Ländern bei weniger als der Hälfte. **In NRW erreichten 25,1% der gleichaltrigen Bevölkerung den Hauptschulabschluss als höchsten Abschluss.**

- Mit ca. 452.300 Abschlüssen wurde der Realschulabschluss oder vergleichbare Abschlüsse 2000 deutlich häufiger erreicht als der Hauptschulabschluss. Knapp die Hälfte der Bevölkerung (49,4%) im typischen Alter zum Erwerb des Realschulabschlusses schlossen mit ihm die Schule ab.

Seine quantitative Bedeutung variierte indes von Land zu Land erheblich. So bewegten sich die Anteile der Absolventen mit Realschulabschluss an der gleichaltrigen Bevölkerung von unter 45% in Hamburg (41,2%), Berlin (43,8%) und dem Saarland (44,2%) bis hin zu knapp drei Fünftel in Niedersachsen (59,3%) und Sachsen-Anhalt (59,7%).

In NRW erreichten 49,3% der gleichaltrigen Bevölkerung den Realschulabschluss (FOR).

- Insgesamt wurde in Deutschland 2000 gut 88.000 mal die Fachhochschulreife erlangt. Damit wurde sie von 9,5% der gleichaltrigen Bevölkerung erworben, davon erreichten sie 88,5% an beruflichen Schulen.

Bei keiner anderen allgemein bildenden Abschlussart schwankten die Anteile der Absolventen an der gleichartigen Bevölkerung 2000 so extrem wie bei der **Fachhochschulreife**. Während sie in Mecklenburg-Vorpommern (4,2%), Sachsen (4,3%), Berlin (5,2%), Thüringen (5,3%) und Sachsen-Anhalt (6,0%) nur 6% oder weniger im typischen Alter erwarb, waren es in Hamburg 13,3%, **in Nordrhein-Westfalen 14,9% und im Saarland 15,8%.**

- Den höchsten Abschluss, das Abitur, erlangten 2000 bundesweit 257.700 junge Erwachsene, dies entspricht 27,5% der gleichaltrigen Bevölkerung, davon erreichten 10,8% den Abschluss an beruflichen Schulen.

Im Ländervergleich weichen die Abschlussquoten für das Abitur erheblich von einander ab. Während in Bayern die niedrigste Quote mit 20,5% erreicht wurde, erlangten in Hamburg 32,1% der Altersbevölkerung das Abitur. Die beiden anderen Stadtstaaten Ber-

lin (32,0%) und Bremen (31,5%) wiesen ähnlich hohe Anteile auf wie Hamburg. Daneben wurde auch in Brandenburg (30,8%) und Hessen (30,5%) das Abitur recht häufig verliehen. Neben Bayern war der Anteil der Abiturienten mit 22,5% auch im Saarland gering. In Rheinland-Pfalz (25,4%), Mecklenburg-Vorpommern (25,4%), Schleswig-Holstein (25,9%) und Niedersachsen (24,4%) wurde das Abitur von rund einem Viertel der Altersbevölkerung und damit am Bundesdurchschnitt (27,5%) gemessen unterdurchschnittlich häufig erreicht.

In NRW erreichten 29,5%, das sind 2,0 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt, das Abitur.

Betrachtet man die Fachhochschulreife und das Abitur zusammen, so nimmt NRW hinter Hamburg (45,4%) mit 44,4% der Altersbevölkerung den 2. Platz bei diesen Quoten in Deutschland ein. Im Bundesdurchschnitt erreichten 37,0% der Altersbevölkerung das Abitur oder die Fachhochschulreife. In Bayern waren es 29,8% und in Baden-Württemberg 36,3%.

XIII Ausgaben im Bildungssystem

Die im Analyseband berichteten Daten und Indikatoren entstammen zum einen dem letzten Band des jährlich erscheinenden Bildungsfinanzberichts der BLK und zum anderen der letzten ebenfalls jährlich herausgegebenen Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes zu den Ausgaben je Schüler.

Wesentliche Ergebnisse des Analysebandes:

- **Im Jahr 2000 wurden von den Ländern im Durchschnitt 19,5% ihres Gesamthaushaltes für den Schulbereich vorgesehen. Der Anteil des Schulbereichs an den Gesamtausgaben der Gemeinden und Zweckverbände war mit 5,3% veranschlagt.**

In NRW waren es für das Land 23,0% und für die Gemeinden und Zweckverbände 4,7%.

In Bayern waren die Anteile 21,6% bzw. 5,9% und in Baden-Württemberg 23,8% bzw. 3,4%.

- Die Ausgaben je Schüler werden für die einzelnen Schulformen auf Grund schwieriger Datenlage nur bundesweit von Statistischem Bundesamt berechnet. Die Kosten pro Schüler für die allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen insgesamt hingegen werden auch für die einzelnen Länder berechnet.

Unter den allgemein bildenden Schulen wies die Grundschule 1999 mit 3 500 EUR die geringsten Kosten je Schüler auf.

In der Realschule waren die Kosten mit 4 300 EUR je Schüler etwas niedriger als in der Hauptschule mit 4 700 EUR

Im Gymnasium (5 100 EUR) und der Gesamtschule (5 300 EUR) lagen sie auf etwas höherem Niveau.

Die höchsten Ausgaben je Schüler wurden 1999 in Deutschland in den Sonderschulen mit 10 500 EUR je Schüler getätigt.

In den beruflichen Schulen lagen die Ausgaben zwischen 2 100 EUR bei der Berufsschule und 5 700 EUR in der Berufsfachschule.

- **Die Ausgaben je Schüler in allen Schularten zusammen lagen in Deutschland bei 4200 EUR, in den alten Ländern mit 4 300 EUR etwas darüber, in den neuen Ländern mit 3 900 EUR etwas darunter.**

Dabei waren die höchsten Ausgaben in den Stadtstaaten Bremen (5 100 EUR) und Hamburg (5 800 EUR) zu verzeichnen, die niedrigsten in Sachsen (3 600 EUR), Mecklenburg-Vorpommern (3 600 EUR) und Brandenburg (3 700 EUR).

In NRW lagen 1999 die Ausgaben mit 4 100 EUR knapp unter dem Bundesdurchschnitt (4 200 EUR).

- In den allgemein bildenden Schulen waren die Ausgaben im Bundesdurchschnitt mit 4500 EUR deutlich höher als in den beruflichen Schulen, in denen sie 3 100 EUR betragen.

Ein Ländervergleich ist auf Grund der unterschiedlichen quantitativen Verteilung der einzelnen in ihrer Kostenintensität unterschiedlichen Schularten in den verschiedenen Ländern nur sehr eingeschränkt möglich.

- Die Ausgaben je Schüler und Studierenden im internationalen Vergleich sind in kaufkraftbereinigten US\$ je Schüler ausgewiesen.

Im Primarbereich wurden im Mittel der OECD-Staaten 1998 4 400 US\$ je Schüler aufgewendet. In Deutschland je Grundschüler hingegen nur 3 500 US\$.

Im Sekundarbereich wurden in Deutschland mit 6 200 US\$ mehr Mittel je Schüler aufgewendet als im Durchschnitt der OECD-Mitgliedsstaaten (6 500 US\$).

In Deutschland waren dabei die Sekundarbereiche I und II deutlich voneinander zu trennen. Denn im Sekundarbereich I unterschritt Deutschland mit 4 600 US\$ je Schüler die durchschnittlichen Ausgaben der OECD-Länder mit 6 200 US\$ deutlich.

Im Sekundarbereich II dagegen zählten die Ausgaben je Schüler mit 9 500 US\$ in Deutschland mit zu den höchsten im Ländervergleich, das Ländermittel wird um 2 000 US\$ überschritten. Lediglich in der Schweiz (11 200 US\$) werden noch höhere Beträge

aufgewendet. In den Niederlanden werden hingegen nur 5 100 US\$ je Schüler ausgegeben.

Die Aufwendungen je Schüler oder Studierenden im Tertiärbereich sind nur schwer vergleichbar, da hier in einigen Ländern nur die Kosten für die Lehre, in anderen Ländern dagegen auch Forschungs- und Entwicklungsgelder enthalten sind. Deutschland lag 1998 mit 9500 US\$ unter dem Ländermittel von 10 700 US\$.